



Dokumentation

Fachtagung

**Aktuelle politische Entwicklungen und
ihre Auswirkungen auf die Internationale
Jugendarbeit**

22. Februar 2017, Berlin



50
JAHRE **ijAB**

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit
der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Inhaltsverzeichnis

Christiane Reinholz-Asolli, Claudia Mierzowski

Einleitung 3

Präsentation | Marie-Luise Dreber

Politische Entwicklungen und aktuelle Lagen im internationalen Jugendaustausch 6

Keynote | Dr. Martina Fischer

Zivilgesellschaft und internationale Zusammenarbeit im Spiegel politischer Umbrüche 9

Workshop 1 | Ferdinand Rissom (dsj), Jochen Rummenhüller (DBJR), Rolf Witte (BKJ)

Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern 24

Workshop 2 | Stephan Erb (DPJW), Dr. Markus Ingenlath (DFJW), Thomas Hoffmann (Stiftung DRJA)

Bewertung der Situation im Partnerland..... 27

Workshop 3 | Lothar Harles (AKSB), Dr. Herbert Wiedermann (BASFI Hamburg)

Neue Impulse für die Internationale Jugendarbeit..... 29

Workshop 4 | Jochen Butt-Posnik(JfE), Manfred von Hebel (JfE)

Neue Strategien der Internationalen Jugendarbeit für ein starkes Europa..... 31

Workshop 5 | Marie-Luise Dreber (IJAB)

Bedeutung und Rolle der Fördergeber 34

Workshop 6 | Werner Müller (transfer e.V.), Stefan Schäfer (TH Köln), Ulrich Ballhausen (Universität Göttingen), Daniel Poli (IJAB)

Neue Impulse zur Stärkung der politischen Dimension Internationaler Jugendarbeit..... 37

Aus der Wissenschaft | Stefan Schäfer

Internationale Jugendarbeit im Spiegel der Debatte um eine Re-Politisierung – Aktuelle Prozesse und Forschungsbedarfe 40

Impressionen der Fachtagung..... 53

Impressum..... 54

Christiane Reinholz-Asolli, Claudia Mierzowski

Einleitung

Schon immer steht die Internationale Jugendarbeit stärker als andere Praxisfelder der Kinder- und Jugendhilfe in einem politischen Kontext. Staatlich gefördert ist sie eng verbunden mit den politischen Zielsetzungen der Außenpolitik. Und auch die internationale Begegnung selbst ist außerhalb eines politischen Rahmens nicht zu denken, dadurch dass in ihr unterschiedliche nationale, kulturelle, historische und politische Lebenswelten und Narrative aufeinander treffen. Auch im pragmatischsten, „unpolitischsten“ Jugendaustausch ist die Politik der Herkunftsländer nicht auszublenden.

Gleichwohl fand sich das „Politische“ der Internationalen Jugendarbeit lange Jahre im fachlichen Diskurs kaum wieder. In 2013 wurde die politische Dimension im Rahmen des Innovationsforums Jugend global aufgegriffen. Aus der Diskussion entstand in Zusammenarbeit mit Forschungs-und-Praxis-im-Dialog die Broschüre „Politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit“. Damit sollte das Thema wieder verstärkt in den Diskurs eingebracht werden. Für die Praxis entwickelte Forschungs-und-Praxis-im-Dialog Trainings, um die politische Dimension in internationalen Begegnungen in die reflexive Arbeit wieder stärker einzubeziehen. Bei der Trägerkonferenz 2016 des BMFSFJ beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe mit den „Herausforderungen durch aktuelle politische Entwicklungen“. Der Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung der Technischen Hochschule Köln hat gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und des Sekretariats der Kultusministerkonferenz/ Pädagogischer Austauschdienst Veranstaltungen zum Thema Internationale Jugendarbeit und Politische Bildung durchgeführt.

Diese Aktivitäten und Prozesse sind auch vor dem Hintergrund aktueller weltweiter politischer Entwicklungen zu betrachten, die die Rahmenbedingungen und die konkrete Durchführung von internationalen Jugendaustauschprojekten zunehmend beeinflussen. Träger müssen mit Sicherheitsproblemen und politischen Konflikten, mit sinkenden Teilnehmerzahlen und abgesagten Begegnungen umgehen. Sowohl die Teamerinnen und Teamer von Jugendbegegnungen als auch Entscheidungsträger der Organisationen stehen in der Auseinandersetzung mit ihren internationalen Partnern vermehrt vor schwierigen Situationen. Einschränkung demokratischer Rechte in Partnerländern, zunehmende Nationalismen und Abgrenzungsbewegungen von der europäischen Gemeinschaft, vor Krieg und Armut nach Europa fliehende Menschen, steigende Gefahr terroristischer Anschläge, zunehmender Rechtsextremismus und Rassismus.

Mit der Fachtagung hatten IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland und die Mitgliedsorganisationen es sich zur Aufgabe gemacht, die einzelnen Diskussionsstränge zusammenzuführen. Weit über 100 Interessierte aus dem gesamten Bundesgebiet folgten dieser Einladung. Die folgenden Texte dokumentieren die Beiträge und Diskussionen dieser Tagung.

Zu Beginn fasst eine **Präsentation** von **Marie-Luise Dreber, der Direktorin von IJAB**, anschaulich die Herausforderungen zusammen, vor denen die Internationale Jugendarbeit aktuell steht.

Die folgende **Keynote von Dr. Martina Fischer**, Referentin für Frieden und Konfliktbearbeitung bei Brot für die Welt, beschäftigt sich mit den globalen politischen Entwicklungen und ihren

Auswirkungen auf die Spielräume für eine aktive Zivilgesellschaft. Frau Dr. Fischer kommt in ihren Ausführungen zu dem Schluss, dass der internationalen Jugendarbeit „als Mittel der Humanisierung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen“ in der aktuellen Weltlage große Bedeutung zukommt.

Die anschließenden Beiträge beleuchten die Diskussionen der **Workshops**, die als Herzstück der Veranstaltung allen Teilnehmenden die Gelegenheit zu einer vertieften Diskussion der formulierten Fragen anhand verschiedener Schwerpunktthemen boten. Die Workshops wurden jeweils thematisch eingeführt und moderiert von zentralen Trägern und Akteuren der Internationalen Jugendarbeit. Sie sind im Folgenden dokumentiert mit Textbeiträgen, die den thematischen Input und die folgende Diskussion zusammenfassen.

1) Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern

Die Diskussion bewegte sich um die jeweiligen Besonderheiten der Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern sowie den Notwendigkeiten, die sich aus dem Wunsch der Förderung der Zivilgesellschaft ergeben.

Der Workshop wurde geleitet von Jochen Rummenhölter (DBJR), Ferdinand Rissom (dsj) und Rolf Witte (BKJ).

2) Bewertung der Situation im Partnerland

Die Diskussion bewegte sich um mögliche "rote Linien" in der Zusammenarbeit und um das Umgehen mit problematischen Sicherheitslagen. Betont wurden die positive Auswirkungen einer finanziellen Förderung von Treffen im Leitungsteam besonders in politisch angespannten Zeiten sowie die Bedeutung von langfristigen Partnerschaften.

Der Workshop wurde geleitet von Stephan Erb (DPJW), Dr. Markus Ingenlath (DFJW) und Thomas Hoffmann (Stiftung DRJA).

3) Neue Impulse für die Internationale Jugendarbeit im Themenbereich von Antirassismus-/Extremismusarbeit und Integration von sowie Arbeit mit jungen Geflüchteten

Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Arbeit mit jungen Geflüchteten und die Möglichkeiten, die die Internationale Jugendarbeit hier bietet. Weiterhin wurde diskutiert, wo die Unterschiede in den Integrationsansätzen neu zugewanderter junger Geflüchteter und Jugendlicher mit Migrationshintergrund liegen.

Leitung: Lothar Harles (AKSB und Vorsitzender von IJAB) und Dr. Herbert Wiedermann (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Hamburg)

4) Neue Strategien der Internationalen Jugendarbeit für ein starkes Europa

Fazit der Diskussion: Europa muss positiv, niedrigschwellig und konkret erfahrbar werden (können). Das schließt nicht aus, dass die konkrete europäische Politik und ihre Folgen für junge Menschen nicht kritisiert werden darf. Diskutiert wurde daneben die Notwendigkeit, den deutschen Fachdiskurs nach Europa zu tragen.

Leitung: Manfred von Hebel und Jochen Butt-Pośnik (JUGEND für Europa)

5) Bedeutung und Rolle der Fördergeber

Die Diskussion des Workshops widmete sich der Frage, inwieweit Fördergeber von politischen Entwicklungen beeinflusst werden, und welche Position der jeweilige Fördergeber im Zusammenhang mit inhaltlich-politischen Fragen einnimmt. Diskutiert wurden ferner die unterschiedlichen Rollen und Möglichkeiten von staatlichen und privaten Fördergebern wie Stiftungen.

Leitung: Marie-Luise Dreber, IJAB

6) Neue Impulse zur Stärkung der politischen Dimension Internationaler Jugendarbeit

Im Workshop wurde die Arbeitsgruppe „Politische Dimension in der Internationalen Jugendarbeit“ vorgestellt, die sich im Zusammenhang von „Forschung und Praxis im Dialog“ etabliert hat. Ausgangspunkt hier ist die Debatte um eine Re-Politisierung der Internationalen Jugendarbeit. Vorgestellt wurden darüber hinaus ein Forschungsprojekt und ein Projekt zur TeamerInnen-Schulung, die sich aus dieser Arbeitsgruppe entwickelt haben.

Leitung: Werner Müller, transfer e.V.

Referenten: Stefan Schäfer, TH Köln, Daniel Poli, IJAB, Ulrich Ballhausen, Universität Göttingen

Abschließend beleuchtet ein Beitrag von **Stefan Schäfer** Fragen des **Forschungsbedarfs** in einem eigenen Beitrag.

Präsentation | Marie-Luise Dreber

Politische Entwicklungen und aktuelle Lagen im internationalen Jugendaustausch

Die wichtigsten Aspekte der Präsentation sind im Folgenden in Stichworten zusammengefasst:

Politische Entwicklungen

- Zunehmende Nationalismen in Europa
- Zentrifugalkräfte contra Integrationskräfte (Brexit, AfD, Front National etc.)
- Weiter hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa
- Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit (Ungarn, Polen, Türkei)
- Einschränkung der Unabhängigkeit der Gerichte (Polen, Türkei)
- Verstärktes Interesse osteuropäischer Länder an Zusammenarbeit mit der EU
- Zunahme der Flüchtlingsströme aus Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten
- Widersprüchliche Signale an Russland (Bestrebungen zur Lockerung der Sanktionen, NATO-Manöver)
- Zunahme islamistischer Terroranschläge in Europa
- Einschränkung der Arbeit von NGOs (z. B. in China, Russland, Türkei, Ägypten)
- Negative Berichterstattung im Ausland über Deutschland im Hinblick auf Sicherheitslage (Übergriffe Silvesternacht, Übergriffe auf Flüchtlingsheime etc.)

Gesellschaftliche Entwicklungen

- Zunehmende Fremdenfeindlichkeit
- Zunehmender Rechtsextremismus
- Zunehmender Islamismus
- Zunehmende Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte
- Steigendes soziales Engagement insb. im Kontext Geflüchteter
- Interkulturelle/internationale/interreligiöse Kompetenzen und Diversitätssensibilität gewinnen an gesellschaftlicher Bedeutung

Politische Initiativen in Deutschland

- Bestrebungen zur Gründung eines Deutsch-Griechischen Jugendwerks, BMFSFJ
- Chancen eröffnen durch Austausch und Begegnung – Initiative der europäischen und internationalen Jugendpolitik des BMFSFJ
- Transformationspartnerschaften des AA mit nordafrikanischen Staaten zur Demokratieförderung
- Jugendaustausch ist immer häufiger Thema in bilateralen Gesprächen des AA (vgl. Pressemeldungen)

- Östliche Partnerschaften des AA unter dem Dach der europäischen Nachbarschaftspolitik zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Annäherung östlicher Länder an die EU sowie zur Förderung der Beziehungen der Nachbarstaaten untereinander mit Einbeziehung des Jugendaustauschs
- Deutsch-Afrikanische Jugendinitiative (Start Juni 2016), BMZ
- Deutsch-Ungarisches Jugendwerk (Start 2015), Initiative aus dem Parlamentarischen Raum in Ungarn und in Deutschland (insb. CSU)
- Planung einer gemeinsamen Stiftung mit Namibia zur Pflege der Erinnerungskultur und zur Förderung des Jugendaustauschs 2016 (Ruprecht Polenz)
- Beauftragung der GIZ zur Förderung von Jugendpolitik und Jugendstrukturen in ausgewählten Ländern, u. a. Ukraine, Maghreb
- Beauftragung der Stiftung Erinnerung Verantwortung, Zukunft durch das AA mit dem Programm „MEET UP“ Deutsch-Ukrainische Jugendbegegnungen

Politische Initiativen mit deutscher Unterstützung

- Gründung des „Regional Youth Cooperation Office“ (RYCO), eines multilateralen Jugendwerks auf dem Westbalkan (2016)

Neue finanzielle Förderung

- Sonderprogramm des BMFSFJ für die deutsch-griechische Zusammenarbeit, seit 2016
- Kontinuierlicher Aufwuchs der Mittel bei Erasmus+
- Förderung von Jugendprojekten im Rahmen der Transformationspartnerschaften des AA mit Nordafrika, seit 2012
- Förderung von Jugendprojekten im Rahmen der östlichen Partnerschaften des AA, seit 2014
- Aufstockung der Mittel für Jugend- und Schüleraustausch beim AA ab 2016
- Neue Förderlinie des BMZ „Förderlinie weltwärts – außerschulische Begegnungsprojekte im Rahmen der Agenda 2030“ zum Austausch mit Ländern laut DAC-Liste, ab 07/2016
- Robert-Bosch-Stiftung und Stiftung Mercator setzen Schwerpunkte in der internationalen Jugendbildung bzw. dem Jugendaustausch mit bestimmten Ländern

Kommerzialisierung grenzüberschreitender Jugendmobilität

- Voluntourismus (Kurz- und Langzeitformate)
- Zunehmende kommerzielle Vermittlung von Auslandspraktika
- Online-Vermittlung von Au-pair
- Online-Information der kommerziellen Anbieter führt zur Desinformation der Zielgruppen
- Zunehmende kommerzielle Info- und Beratungsmessen (z. B. an Schulen)

Tendenzen in den Austauschformaten (Beiträge im Rahmen der Trägerkonferenz und IJAB-Mitgliederversammlung)

- Zum Teil Rückgang der Bewerberlage bei Workcamps und Freiwilligendiensten, gleichzeitig gleichbleibend hohe Antragszahlen, z. B. bei Erasmus+JiA
- Sinkende TN-Zahlen und Absagen von Jugendbegegnungen aufgrund von Terroranschlägen und Sicherheitsfragen, auch von deutscher Seite
- Austauschprogramme werden zum Teil verlegt in ländliche Regionen aus Sorge vor Terroranschlägen
- Zunahme sexualisierter Übergriffe insb. bei Freiwilligendiensten
- Erhöhte Anforderungen an Sicherheitsbedingungen (AA und BMZ)
- Ausschluss bestimmter Themen (Demokratieförderung, Politische Bildung, Homosexualität etc.) im Jugendaustausch aufgrund der politischen Situation in einzelnen Ländern (Belarus, Ägypten, Türkei, Russland etc.), kritische Themen dürfen nicht in offizieller Einladung stehen
- Im Rahmen von Erasmus+ werden Anträge für Projekte mit politisch kritischen Themen tendenziell in liberaleren Ländern gestellt.
- Zunehmend menschenfeindliche Äußerungen bei deutschen und ausländischen TN in Jugendbegegnungen
- TN aus bestimmten Ländern (z. B. Irak, afrikanische Länder) haben erhebliche Schwierigkeiten ein Visum für Deutschland zu erhalten.
- VIS erschwert die Einreise nach Deutschland für Gruppen, besonders schwierig für TN aus ländlichen Regionen

Keynote | Dr. Martina Fischer

Zivilgesellschaft und internationale Zusammenarbeit im Spiegel politischer Umbrüche

Ich spreche zu Ihnen aus der Perspektive einer Friedensforscherin, deren Arbeit sich immer an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis bewegt hat. Ab 1997 bis in die zweite Hälfte der 2000er Jahre hinein war ich sehr regelmäßig in der Balkanregion unterwegs und habe dort in Zusammenarbeit mit der *Gesellschaft für technische Zusammenarbeit* und mit Unterstützung des *Auswärtigen Amtes* Projekte der Jugendarbeit unterstützt und evaluiert. Zudem habe ich in Kooperation mit einer Partnerorganisation und der deutschen Stiftung *Schüler helfen leben* in Ostbosnien ein Projekt der Jugendgemeinwesenarbeit begleitet und ausgewertet, das jugendlichen Rückkehrern (Bosniaken) und Jugendlichen aus der bosnisch-serbischen Bevölkerung in ländlichen Regionen eine Perspektive geben sollte. In diesen Kontexten hat internationaler Jugendaustausch eine sehr wichtige unterstützende Funktion gehabt.

Mein Beitrag ist aber auch motiviert durch meine aktuelle Arbeit bei *Brot für die Welt*. Brot für die Welt ist eine protestantische Hilfsorganisation, die in 77 Ländern des globalen Südens und Ostens Partner unterstützt, sich der Idee des „gerechten Friedens“¹ verpflichtet hat und sich um die Verknüpfung von Ansätzen der Entwicklungszusammenarbeit, Friedens- und Menschenrechtsarbeit bemüht. Zwischen der protestantischen Friedensethik und den normativen Ansätzen der Friedens- und Konfliktforschung gibt es aus meiner Sicht starke Gemeinsamkeiten und viele Berührungspunkte.

Im *ersten Abschnitt* meines Vortrags möchte ich zunächst die globalen politischen Entwicklungen skizzieren, in denen sich Ihre und meine Arbeit bewegt und immer wieder neu verorten muss. Dazu gehört unter anderem, dass sich die Rolle und Bedingungen für das Engagement von Zivilgesellschaft verändern. Diesem Problem werde ich mich in einem gesonderten, *zweiten Abschnitt* ausführlicher widmen. Im *dritten Abschnitt* untersuche ich die Rolle und Funktionen internationaler Jugendarbeit. Ich werde versuchen, einige der für die heutigen Workshops aufgeworfenen Fragen anzusprechen, wenngleich ich diese nicht umfassend behandeln kann.

¹ An der Idee des „gerechten Friedens“ orientieren sich die internationale ökumenische Bewegung und die Evangelische Kirche Deutschlands, deren Rat dazu vor 10 Jahren eine Denkschrift verfasst hat: EKD (Hg.) *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*, 1. Aufl. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh-München 2007. Frieden wurde darin definiert als ein „immer erneut zu gewährleistender Prozess der Förderung der Freiheit, des Schutzes vor Gewalt, des Abbaus von Not und der Anerkennung kultureller Verschiedenheit. Er basiert auf der Fähigkeit, unausweichliche Konflikte konstruktiv bearbeiten zu können.“ (S. 124, Abs. 195) Weiterhin wird festgestellt (Abs. 196): „Gerechter Friede in der globalisierten Welt setzt den Ausbau der internationalen Rechtsordnung voraus. Sie muss dem Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung verpflichtet sein und die Anwendung von Zwangsmitteln an strenge ethische und völkerrechtliche Kriterien binden.“ Staatliche Sicherheits- und Friedenspolitik muss demnach (Abs. 197) von den Konzepten der „menschlichen Sicherheit“ und der „menschlichen Entwicklung“ her gedacht werden, und militärische Sicherheitsvorkehrungen dürften nicht an die Stelle kooperativer Bemühungen um Frieden treten.

Ich beginne also mit den weltweiten politischen Entwicklungen, beschränke mich dabei allerdings auf die wichtigsten übergeordneten Trends und verweise für eine umfassende Bestandsaufnahme auf das jährlich aktualisierte „Friedensgutachten“ deutscher Friedensforschungsinstitute.²

1. Aktuelle weltweite politische Entwicklungen: Die wichtigsten Trends

1.1. Zunahme von Gewaltkonflikten

Tatsächlich verzeichneten Friedensforscher in den 1990er-Jahren weltweit einen Rückgang von Kriegen und Bürgerkriegen.³ Diese Entwicklung wurde unter anderem auch den Anstrengungen der Vereinten Nationen und ihren Einsätzen zum „peacekeeping“ und „peacebuilding“ in Nachkriegsregionen und dem Einsatz nicht-staatlicher Akteure für Konflikttransformation zugeschrieben. Es war von einem Erstarren der Global-Governance-Institutionen und einem globalen Wertewandel die Rede. Seit 2004 stieg die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen allerdings wieder an. Internationale Experten, die das Konfliktgeschehen genauer analysieren, sehen eine Hauptursache der Trendwende in der Zunahme terroristischer Aktivitäten, die teilweise durch den vom Westen ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ zusätzlich verstärkt wurden.

Mancherorts geht diese Entwicklung mit dem Zerfall staatlicher Strukturen und dem Machtzuwachs nicht-staatlicher Gewaltakteure einher. Die meisten Kriege finden nicht zwischen, sondern innerhalb von Staaten statt. Das bedeutet aber keineswegs, dass der klassische zwischenstaatliche Krieg ein Auslaufmodell wäre (siehe Russland/Ukraine). Es wächst der Anteil getöteter Zivilist/-innen in den weltweiten Kriegen. Gleichzeitig wächst aber auch die Zahl derjenigen, die ermordet werden, obwohl kein Krieg erklärt wurde (wie beispielsweise in Mexiko, wo viele Opfer von Bandenkriegen beziehungsweise des grenzüberschreitenden organisierten Verbrechens werden).⁴

1.2. Globale Machtverschiebungen

Friedensforscher beobachten, dass die Unipolarität, die sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts nach 1990 herausgebildet hatte, ihrem Ende naht. Inzwischen kann man von einem klaren Machtverlust des Westens sprechen, ohne dass sich klar abzeichnet, in welche Richtung sich das Machtgefüge genau entwickeln wird. Auch wenn die USA ihre militärische und politische Dominanz erhalten konnten, haben sich wirtschaftlich, finanziell und kulturell die Gewichte verschoben, nicht zuletzt aufgrund des Machtzuwachses der sogenannten BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Diese verlangen nun mehr Mitspracherechte, während die bisherigen Vormächte ihre Macht nicht in Frage stellen lassen wollen. Gleichzeitig werden Strukturen der multilateralen Abstimmung in Frage gestellt (siehe Russland-Ukraine-Konflikt). Neue Akteure traten auf den Plan, sie mischen sich in den Ländern des globalen Südens mit unterschiedlichen Interessen ein und gewinnen an Einfluss (siehe z.B. die Aktivitäten Chinas in Afrika). Deren Handeln ist nicht zwangsläufig von einem Wertekanon getragen, der sich an Menschenrechten und Friedensförderung orientiert. Allerdings war auch das Engagement der

² Das Friedensgutachten wird von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Frankfurt), dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, dem Institut für Entwicklung und Frieden (Duisburg-Essen), der Forschungsstätte Evangelische Studiengemeinschaft FEST (Heidelberg) und dem Bonn International Center for Conversion herausgegeben. Vgl. www.friedensgutachten.de.

³ Siehe die Veröffentlichungen des Human Security Report Project (Vancouver), insbesondere Report und Brief von 2006/2007 unter <http://www.hsrgroup.org/human-security-reports/2006/text.aspx>.

⁴ Siehe Security Research Report 2013 http://www.hsrgroup.org/docs/Publications/HSR2013/HSRP_Report_2013_140226_Web.pdf

westlich geprägten Länder im globalen Süden keineswegs von Kohärenz geprägt und trug höchst ambivalente Züge.

1.3. Zunahme des Wohlstandsgefälles und Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen

Wir beobachten eine massive Zunahme von Ernährungskrisen im globalen Süden. Sie erschweren die Strategien der Armutsbekämpfung und gehen mit Konflikten um Land und Ressourcen einher. Eine massive Zunahme ausländischer Direktinvestitionen in landwirtschaftliche Nutzflächen und die globalen Preisentwicklungen bei Agrargütern haben diese Krisen beschleunigt. Die globalen Wirtschafts- und Finanzkrisen haben vielerorts die Situation zusätzlich verschärft und soziale Ungleichgewichte weiter vergrößert. Es wird erwartet, dass in zahlreichen Ländern des globalen Südens klimatische Veränderungen krisenhafte Entwicklungen zusätzlich begünstigen werden. Mancherorts, etwa in Afrika und der Pazifikregion, sind klimabedingte Zerstörungen von Lebensgrundlagen und Fluchtbewegungen schon jetzt klar erkennbar. UN-Organisationen und NGOs gehen davon aus, dass vor allem die Zahl der Klimaflüchtlinge in den kommenden Jahren stark zunehmen wird. Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks (UNHCR) sind inzwischen weltweit etwa 65 Millionen Menschen „auf der Flucht“, bedingt durch Krisen, Kriege oder Naturkatastrophen. Dazu zählen Menschen, die in anderen Ländern Zuflucht oder Asyl suchen, ebenso wie intern im eigenen Land Vertriebene. 86 Prozent leben in Nachbarstaaten.

In einigen Regionen bedrohen Zerfallsprozesse des Staates den Frieden beziehungsweise führen dazu, dass die Bedürfnisse von Menschen nicht mehr befriedigt werden können. Es gab eine massive Zunahme von Gewaltpotenzialen, Menschenrechts- und Friedensgefährdungen und vor allem im Nahen und Mittleren Osten in den Jahren 2013/14 neue Herausforderungen. Die Hoffnung auf eine Transformation von Konflikten, die mit den Protestbewegungen gegen korrupte Regime und den politischen Umstürzen in der MENA-Region zunächst verbunden war, wurde nicht erfüllt. Vielmehr traten vielerorts neue Konflikte und Gewaltakteure auf den Plan. Dem stehen *massive Begrenzungen des multilateralen Präventionssystems gegenüber*.

1.4. Begrenzungen des Präventionssystems und veränderte Diskurse

Trotz der beschriebenen Vernetzungen und trotz der vielfältigen Bekenntnisse zu Krisenprävention und Friedensförderung, die man in den Verlautbarungen internationaler Organisationen und einiger Regierungen liest, sind den präventiven Herangehensweisen in der Realität letztlich enge Grenzen gesetzt. So sind die Vereinten Nationen (VN) – obwohl sie 193 Staaten repräsentieren und völkerrechtlich für globale Prävention und Friedenssicherung mandatiert sind - immer nur so stark und handlungsfähig, wie die Mitgliedstaaten sie haben wollen.⁵

Bei diesen müssen die VN-Institutionen für jede einzelne Maßnahme regelrecht betteln gehen. Ein trauriges Beispiel dafür ist, dass die VN vom Herbst 2014 bis Ende 2015 sehr nachdrücklich und gleichzeitig vergeblich bei den Mitgliedstaaten dafür warben, das Welternährungsprogramm so aufzustocken, dass die aus dem syrischen Bürgerkrieg geflohenen Menschen in den Anrainerstaaten humanitär versorgt werden können. Die Weigerung der Mitgliedstaaten und die Verknappung der Nahrung waren letztlich mitverantwortlich für die anschließenden Wanderungsbewegungen Richtung Europa.

⁵ Vgl. Report of the Secretary General on the United Nations and Conflict Prevention: A Collective Recommitment, S/2015/730, 25.9.2015;
http://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/SGReport-Prevention-S2015730_Eng.pdf

Hinzu kommt, dass Ansätze der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung aktuell mit einem Wandel der Diskurse konfrontiert sind, die sich stärker denn je an Sicherheit im Sinne einer Abschottung orientieren und das normative Ziel des Friedens immer mehr in den Hintergrund drängen. Diese Denkweise spricht vor allem aus den Strategiepapieren der Europäischen Union und einiger Mitgliedstaaten. Zudem werden die Grenzsicherungssysteme unter einem massiven Einsatz von Ressourcen militärisch ausgebaut und es gibt einen Trend, die Sicherung der EU-Außengrenzen durch militärische „Ertüchtigungsmaßnahmen“ gewissermaßen in die afrikanischen Länder hinüber zu verlagern. Nach den desillusionierenden Erfahrungen, die mit internationalen militärischen Interventionen in den vergangenen Jahren gemacht wurden, ist nun eine neue Tendenz erkennbar: Für die Abwehr von terroristischen Gefahren, von djihadistischen Bewegungen sowie zur Kanalisierung von Migrationsströmen sollen vorwiegend polizeiliche und militärische Akteure in den betroffenen Ländern ausgebildet und ausgerüstet werden, während Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung und entwicklungspolitische Initiativen den (meist europäisch definierten) Sicherheitsinteressen zunehmend untergeordnet werden.

Vor allem auf EU-Ebene gibt es einen klaren Trend zur „Sicherheit“ auf Kosten von Entwicklung und Frieden. Reagiert wird vor allem auf Symptome, aber es gibt keine überzeugenden Konzepte für die Analyse und Bearbeitung von Kriegs- und Fluchtursachen. Ich denke, dass es aktuell vor allem darum geht, diese sicherheitsfixierten Diskurse zu dekonstruieren und zu beeinflussen, und alles daran zu setzen, die Instrumente, die international und national für zivile Ansätze der Prävention und Friedensförderung geschaffen wurden, vehement zu verteidigen.

Eine weitere Herausforderung ergibt sich aus der Zunahme des *Populismus und Etablierung demokratie- und menschenrechtsfeindlicher Politikmodelle im Westen, Osten und im globalen Süden*.

1.5. Zunahme des Populismus und Etablierung demokratie- und menschenrechtsfeindlicher Politikmodelle im Westen, Osten und im globalen Süden

Kenneth Roth (im Human Rights Watch Report 2017)⁶ und Fareed Zakaria (in Foreign Affairs 6, 2016)⁷ haben die typischen Merkmale populistischer Politik überzeugend herausgearbeitet. Roth erachtet es als typisch für populistische Politik, dass Menschenrechte missachtet und ausgehebelt werden mit dem Hinweis auf das *angebliche Recht politischer Mehrheiten, Minderheiten* (z.B. Muslime; Migranten) *auszuschließen*. Counter-Terrorismus-Maßnahmen, die in vielen Ländern weltweit, also auch in den westlichen Demokratien ergriffen wurden, schränken Menschen- und Bürgerrechte ein und grenzen Menschen aus. Migranten werden unter Generalverdacht gestellt und zu einem Sicherheitsrisiko erklärt. In den USA wird eine Mauer gegen die Einwanderung aus Mexiko errichtet, obwohl die Einwandererzahlen in den vergangenen Jahren gemessen an den Vorjahren eher rückläufig waren. Und die Regierungen der EU-Mitgliedsländer stehen dem in nichts nach. Nach einer vorübergehenden teilweisen Öffnung der Grenzen (z.B. durch Deutschland und einige skandinavische Länder) wird nun die Festung Europa weiter ausgebaut mithilfe fragwürdiger Flüchtlingsdeals und sogenannter „Migrationspartnerschaften“, die vor allem Maßnahmen zur polizeilichen und militärischen Abgrenzung beinhalten. Teilweise geschieht dies im engen Schulterschluss mit Autokratien in Afrika und dem Nahen Osten.

Eine Zunahme des Populismus ist leider nicht nur in den USA, sondern auch in diversen EU-Mitgliedsländern erkennbar. Kenneth Roth weist darauf hin, dass alle westlichen Länder einen

⁶ Kenneth Roth. The Dangerous Rise of Populism, in: Human Rights Watch Report 2017, S. 1-14.

⁷ Fareed Zakaria. Populism on the March. Why the West is in Trouble, Foreign Affairs, Vol. 95, No. 6, 2016, S. 9-15.

Rückgang des Wirtschaftswachstums seit den 1970er Jahren erlebt haben, wobei sich Menschen aus der Mittelschicht zunehmend als Verlierer dieser Entwicklung definieren. Vor allem die Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten habe gezeigt, dass Zukunftsängste und Frustrationen entstanden sind, die sich nicht in der Unterstützung sozialstaatlicher Regelungen und liberaler Ordnungen, sondern in Fremdenfeindlichkeit und dem Ruf nach einem starken Mann, der es richten soll, Bahn brechen.

Roth zufolge hat Donald Trump die Wahl aber nicht allein aufgrund verbreiteter Unzufriedenheit mit den ökonomischen Folgen der Globalisierung gewonnen, sondern er sprach offenbar relevanten Teilen der Gesellschaft auch aus der Seele, als er einen Frontalangriff auf die multikulturelle Gesellschaft wagte, Migranten und Flüchtlinge dafür verantwortlich machte, Jobs zu stehlen und juristische Amtspersonen wegen ihrer mexikanischen Herkunft beleidigte. Er diffamierte pauschal muslimische Gemeinschaften im vermeintlichen Kampf gegen den Terrorismus, die doch als Verbündete für Programme der Deradikalisierung und Prävention von ganz zentraler Bedeutung wären. Er beleidigte in seinen Anspielungen die Würde von Frauen und stellte ihre sexuellen Selbstbestimmungsrechte in Frage.

Fareed Zakaria vertritt darüber hinausgehend die These, dass die populistischen Ausbrüche, die zur Wahl von Trump oder auch zum Brexit geführt haben, auch Gegenreaktionen zum Kultur- und Wertewandel bilden, der die 1970 Jahre und die darauf folgenden Jahrzehnte prägte. Viele Menschen aus der älteren Generation, v.a. Männer, sähen diesen Kulturwandel als Angriff auf ihr Selbstbild und favorisierten daher Parteien und politische Führer, die für das Festhalten an den altvertrauten Werten stehen. Schon die „Tea Party“ in den USA betonte, dass ihre Kernmotivation nicht ökonomisch, sondern kulturell begründet sei.⁸ Man müsse davon ausgehen, dass dies populistische Gegenreaktionen auf die Globalisierung seien. Wirklich dramatisch aber sei das Ausmaß von Rassismus und Ausgrenzung, das mit diesen Bewegungen einhergehe. Gleichzeitig, und diese Beobachtung von Zakaria möchte ich besonders hervorheben, zeichnet sich offenbar sowohl in den USA als auch in Europa im Hinblick auf Ressentiments gegen das Fremde ein enormer Bruch ab, der sich geographisch durch die urbanen und ländlichen Regionen sowie altersmäßig durch die Generationen zieht:

„Young people are the least anxious or fearful of foreigners of any group in society. They understand that they are enriched – economically, socially, culturally – by living in diverse, dynamic countries. They take for granted that they should live in an open and connected world, and that is the future they seek. The challenge for the West is to make sure the road to that future is not so rocky that it causes catastrophe along the way.“⁹

Dieser Befund ist übrigens auch für Deutschland belegt. Wenn man die Sinus-Jugendstudie 2016¹⁰ und die darin abgebildeten Umfrageergebnisse zu den Themen „Nation und Identität“, „Glauben und Religion“ sowie „Flucht und Asyl“ im Detail betrachtet, kommt man zu dem Schluss, dass ein ganz überwiegender Teil der Jugend recht weltoffen und keineswegs rassistisch oder fremdenfeindlich eingestellt ist. Jugend ist also – dem populistischen Aufwind und allen Abschottungsbemühungen zum Trotz – ein Hoffnungsträger.

⁸ Ebenda, S. 13.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Marc Calmbach u.a. (Hg.). Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Sinus-Jugendstudie 2016, Berlin: Springer-Verlag.

Eine weitere dramatische Entwicklung, die globale Ausmaße angenommen hat, ist die *Einschränkung des Handlungsspielraums für zivilgesellschaftliche Akteure und für Menschen, die sich für kritische Berichterstattung einsetzen*.

Ich komme zum zweiten Abschnitt meines Vortrags.

2. Die Bedeutung von Zivilgesellschaft und die Veränderungen, denen diese unterworfen ist

In ausgeprägt demokratischen Gemeinwesen wird in der Regel anerkannt, dass neben Parteien und Medien auch eine unabhängige, lebendige Zivilgesellschaft zur politischen Willensbildung und zu einer pluralistischen Gesellschaftsordnung beiträgt. Sie fördert die politische Auseinandersetzung und Konsensbildung, kann aber auch selbst Veränderungsprozesse anstoßen und zur Legitimation politischer und rechtlicher Entscheidungen beitragen. In solchen Kontexten ist auch die *Watch-Dog-Funktion* meist akzeptiert, nämlich dass zivilgesellschaftliche Organisationen politische Prozesse kritisch beobachten, eine Kontroll- und Korrektivfunktion einnehmen und Regierungen oder auch Wirtschaftsunternehmen dahingehend überprüfen, ob sie in ihrem Handeln Menschenrechte beachten, Korruption vermeiden und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

In diversen internationalen Abkommen und Übereinkünften, so beispielsweise in der Agenda 2030, der Erklärung von Busan 2011 oder der Erklärung der Vereinten Nationen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern 1998, wird die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements betont. Viele Staaten verletzen jedoch massiv die Menschenrechtspakte, zu deren Einhaltung sie sich international verpflichtet haben. Zivilgesellschaftliche Organisationen und couragierte Jurist(inn)en oder Journalist(inn)en, die auf Missstände hinweisen, werden vielerorts selbst Opfer staatlicher Einschüchterung und Verfolgung oder auch von Gewaltanwendung durch nichtstaatliche (oder paramilitärische) Akteure.

Eine Reihe von NGOs (*Brot für die Welt, Misereor, Forum Menschenrechte, Amnesty International, Reporter ohne Grenzen, Konsortium Ziviler Friedensdienst, VENRO, Forum Umwelt und Entwicklung, Medica Mondiale, Oxfam, Welthungerhilfe*) haben dazu eine Bestandsaufnahme in Form eines Diskussionspapiers verfasst.¹¹ Sie haben festgestellt, dass sich die Einschränkung der Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Akteure inzwischen zu einem weltweiten Trend manifestiert. Dieser Befund deckt sich auch mit den Erhebungen der Weltallianz für Bürgerbeteiligung *Civicus*.¹² Diese konstatierte in ihrem Jahresbericht 2016, dass weltweit sechs von sieben Personen in Ländern leben, in denen Bürgerinnen und Bürger, Aktivistinnen und Aktivisten und Organisationen in ihren grundlegenden Menschenrechten (vor allem in ihren Rechten auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit) in unterschiedlicher Weise eingeschränkt werden.

„Shrinking Spaces“ für Zivilgesellschaft

Das o.g. NGO-Diskussionspapier „Zivilgesellschaftliches Engagement weltweit in Gefahr“ kommt zu dem Schluss:

¹¹ „Zivilgesellschaftliches Engagement weltweit in Gefahr“, veröffentlicht im Dezember 2016.

https://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2016/12/zivilgesellschaftliches_engagement_weltweit_in_gefahr-forderungspapier_final_digital.pdf

¹² World Alliance for Citizen Participation - CIVICUS, State of Civil Society Report, 2016.

http://www.civicus.org/images/documents/SOCS2016/summaries/State-of-Civil-Society-Report-2016_Exec-Summary.pdf

„Soziale Bewegungen, Gemeinden und zivilgesellschaftliche Organisationen erfahren häufig öffentliche Diffamierung, Bedrohung und Kriminalisierung, wenn sie sich in politischen, wirtschafts- oder umweltpolitischen Belangen zu Wort melden. In einigen Ländern ist die Zivilgesellschaft durch staatlichen Druck bereits so stark eingeschränkt, dass sie sich vor der Verlautbarung ihrer Positionen oder vor Aktionen quasi selbst zensiert, um Mitarbeitende und ihre Familien nicht zu gefährden. Organisationen der Zivilgesellschaft, Aktivistinnen und Aktivisten zum Schutz von bestimmten Gruppen und Minderheiten wird die Existenzberechtigung abgesprochen und sie werden psychisch wie physisch bedroht.“ (...) „Medien verstärken Diffamierungen durch gezielte Kampagnen und Aufrufe zu Gewalt oft zusätzlich. Weil Bloggerinnen und Blogger sowie Journalistinnen und Journalisten oft massiv bedroht und in ihrer Arbeit stark eingeschränkt werden, können sie keinen Gegenpol zu den etablierten Medien und ihren Kampagnen gegen zivilgesellschaftliche Akteure bilden.“¹³

Zivilgesellschaftliche Organisationen werden zudem durch rechtliche oder bürokratische Maßnahmen behindert und schikaniert.

Nutzung von Anti-Terrorismus- und Sicherheitsgesetzen zur Einschüchterung und Verfolgung regierungskritischer NGOs

Mit Hilfe des Strafrechts werden vielerorts die bürgerlichen und politischen Menschenrechte eingeschränkt und Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft beschnitten. Mit Hilfe von Internet- und Mediengesetzen wird versucht, Kommunikation zu unterbinden und zivilgesellschaftliche Akteure zum Schweigen zu bringen. Vor allem aus afrikanischen Ländern berichten NGOs zunehmend von einem „Shrinking Cyberspace“, in dem unliebsame Berichte über undemokratische Vorgänge unterbunden werden. Das Abschalten der sozialen Medien und die Etablierung entsprechender „Internet-Gesetze“ im Zuge von Wahlen und Protesten ist in einigen Ländern gang und gäbe. Im Zuge der Umbrüche in den arabischen Staaten und der MENA-Region galten die sozialen Medien zunächst als Hoffnungsträger für die soziale Mobilisierung und demokratische Transformation. Inzwischen haben die neuen Eliten (die vielfach mit den alten identisch sind) ihre Polizei- und Justizorgane größtenteils wieder sehr repressiv gestaltet und vielfältige Einschränkungen vorgenommen, um die Medien zu kontrollieren.¹⁴

Repressive NGO-Gesetzgebung und rigide Finanzkontrollen

„Kernanliegen der neuen oder älteren NGO-Gesetze, die derzeit modifiziert werden, ist es, die einheimischen Organisationen vom ausländischen Geldfluss abzuschneiden bzw. diese Geldflüsse staatlich zu kontrollieren. Das äthiopische Gesetz von 2009 zum Beispiel verbietet allen einheimischen NGOs, die mehr als 10% ihres Budgets aus dem Ausland erhalten, jede politische Arbeit“, so stellt Barbara Unmüßig (Vorstand *Heinrich Böll Stiftung*) fest.¹⁵ In Israel wurde dem Parlament ein Gesetz vorgelegt, nach dem „NGOs, die mehr als die Hälfte ihrer Gelder von

¹³ „Zivilgesellschaftliches Engagement weltweit in Gefahr“, S. 2.

¹⁴ Vgl. World Movement for Democracy und International Center for Not for profit law, The defending civil society project, June 2012, Washington D.C.: National Endowment for Democracy, S. 10.
http://www.icnl.org/research/resources/dcs/DCS_Report_Second_Edition_English.pdf

¹⁵ Barbara Unmüßig, „Zivilgesellschaft unter Druck, Shrinking, closing, no space“, Heinrich Böll Stiftung, Berlin, Mai 2016, S. 7. Siehe:
https://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2016/03/zivilgesellschaft_unter_druck_shrinking_spaces.pdf

ausländischen Organisationen bekommen, dies auf allen Schriftstücken vermerken müssen sowie im israelischen Parlament einen Button tragen sollen, auf dem steht, dass sie vom Ausland finanziert werden.“¹⁶ Manche Regierungen möchten durchaus ausländisches Geld gern weiterhin ins Land lassen, aber dessen Verwendung selbst kontrollieren. Dies führt dazu, dass Mittel zunehmend „für politische Anliegen im Interesse der Regierungen und für soziale und ökologische Projekte ohne jeden politischen Anspruch“ ausgegeben werden.¹⁷

Negative Berichte kommen vor allem aus Russland, China, Indien, aber auch aus zahlreichen Ländern Asiens und Afrikas.¹⁸ Aber auch aus Osteuropa (z.B. Ungarn) wird zunehmend berichtet, dass renommierte NGOs wie z.B. *Transparency International*, die sich der Aufdeckung von Korruption widmen, oder auch Initiativen, die die Regierung im Hinblick auf bürgerliche Freiheiten und Medienrechte beobachten, der ausländischen Unterwanderung bezichtigt und rechtlich angegangen werden.¹⁹ Zudem gibt es vielerorts Gängelung durch steuerliche Bestimmungen und rigide Auslegung von Verordnungen, z.B. bei der rechtlichen und finanziellen Registrierung. Auch die missbräuchliche Anwendung von Gesetzen und Verordnungen zählt zum Repertoire. Wissenschaftler/innen des *Carnegie Endowment for International Peace* haben untersucht, wie sich Geldgeber, die zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen, darauf einstellen, dass staatliche Organe in zahlreichen Ländern externe Förderung zu unterbinden suchen. Einige bemühen sich, stärker philanthropische Initiativen (etwa aus dem privatwirtschaftlichen Bereich) in den betroffenen Ländern selbst zu fördern, um einen Mittelabfluss in staatliche Kanäle zu verhindern.

Wo werden die Rechte eingeschränkt?

Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Akteure sind vor allem in Ländern zu beobachten, in denen Regierungen den Verlust politischer und wirtschaftliche Macht befürchten. Oft ist dies aber zusätzlich verknüpft mit individuellen ökonomischen Interessen. Teilweise geht es auch um die Unterdrückung von Protesten gegen Umweltzerstörungen, die mit Großprojekten im Agrar- oder Energiesektor stehen wie zum Beispiel der Extraktion von Rohstoffen und Bodenschätzen. Hier stören NGOs, die sich für die Einhaltung von Umwelt- oder Sozialstandards engagieren, das Geschäft. Manchmal geht es aber auch nur darum, Forderungen von Menschen nach demokratischer Teilhabe abzuwehren, wie z.B. in den Ländern der MENA-Region, Äthiopien und Russland. Vielfach werden Fortschritte in der Demokratisierung, die in Osteuropa, Afrika und Lateinamerika seit den 1990er Jahren zu verzeichnen waren, nun wieder zurückgedreht: „Partizipations- und Beteiligungsrechte werden einkassiert. Mehr noch: Immer mehr Staaten schließen sich einer regelrechten Gegenoffensive gegen zivilgesellschaftliches Engagement an. (...) Dutzende Länder in Afrika, Asien, Lateinamerika, in Osteuropa und im Nahen und Mittleren Osten legen der externen Demokratieförderung – ob staatlich oder nichtstaatlich – seit längerem Steine in den Weg. Sie tun das (...) mit Gesetzen, mit bürokratischen und steuerlichen Auflagen und Schikanen, mit Hetzkampagnen in den Medien, mit geheimdienstlichen Methoden und mit offener Repression. Jede Form der Einschränkung scheint erlaubt: Aktivist/innen werden verhaftet, Konten eingefroren, Drohungen ausgesprochen, Lizenzen entzogen, Internetseiten

¹⁶ Ebenda, S. 7.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Thomas Carothers, *The Closing Space Challenge. How are Funders responding?* Carnegie Endowment for International Peace. November 2, 2015. Siehe:

http://carnegieendowment.org/files/CP_258_Carothers_Closing_Space_Final.pdf

¹⁹ Ebenda, S. 4.

blockiert, Registrierungen erzwungen, Büros geschlossen“, so die Schlussfolgerung von Barbara Unmüßig.²⁰

Warum beschränken Regierungen die Handlungsspielräume in dieser Weise?

Beobachter des geschilderten Trends, wie z.B. Thomas Carothers gehen davon aus, dass das keine vorübergehende Erscheinung ist, sondern ein andauerndes Phänomen, das mit fundamentalen Veränderungen in der internationalen Politik zu tun hat:

„Die aufstrebenden Ökonomien des globalen Südens betonen mehr denn je ihre Souveränität und sehen in der (...) internationalen Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur/innen eine unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten.“²¹

Barbara Unmüßig zufolge wird „der Widerstand gegen externe Demokratieförderung (...) vor allem mit der ‚Souveränität‘ des eigenen Landes begründet, einer zentralen Kategorie des Völkerrechts, die durch die Entkolonialisierungskämpfe in vielen Ländern einen hohen emotionalen Stellenwert erreicht hat. Aus dieser Warte gilt Demokratisierungshilfe als unzulässige Einmischung.“²² So wird der Geldtransfer für Demokratisierungsprozesse aus den Industrieländern heute viel kritischer betrachtet als noch in den 90er Jahren, vor allem dann, wenn die Mittel nicht allein staatlichen, sondern auch nichtstaatlichen Akteuren zugutekommen.

Ein weiterer Grund dafür, dass Handlungsspielräume verengt werden, liegt aber offensichtlich darin, dass westliche Demokratieförderung insgesamt einfach auch an Legitimation verloren hat. Die westlichen Länder sind daran nicht ganz unschuldig, denn nach dem 11. September 2001 und dem Krieg gegen den Terror in Afghanistan und im Irak wurden sowohl die militärischen Aktivitäten als auch die zivilen Maßnahmen aus dem Westen von zahlreichen Menschen in anderen Ländern und Kulturen als Zumutungen und unzulässige Einmischung empfunden:

„Die militärischen Interventionen kamen mit dem Nimbus der Freiheitsagenda und der Demokratieförderung daher, sodass nun beide – Demokratie und Freiheit – massiv an Glaubwürdigkeit, Akzeptanz und Legitimation verloren haben.“²³

„By the mid-2000s (...), democracy promotion had become synonymous for ‘Western-imposed regime change’“ - so lautet auch die Einschätzung von Carothers und Brechenmacher.²⁴ Barbara Unmüßig argumentiert, die Solidaritätsbekundungen westlicher Regierungen „mit den Farbrevolutionen in Georgien, der Ukraine und Zentralasien sowie den Revolutionen im Nahen und Mittleren Osten ab 2011 haben die Abkehr vom Western weiter vorangetrieben.“²⁵ Auch in der Friedensforschung gibt es kritische Debatten über die Herausforderungen, denen NGOs in der Friedensförderung ausgesetzt sind.²⁶ Der Legimitätsverlust erstreckt sich nämlich auch auf

²⁰ Unmüßig 2016, S. 4.

²¹ Thomas Carothers and Saskia Brechenmacher, *Closing Space: Democracy and Human Rights Support under Fire*. 2014. Washington D.C. Carnegie Endowment for International Peace.

²² Unmüßig 2016, S.4

²³ Ebenda, S. 5.

²⁴ Thomas Carothers and Saskia Brechenmacher, 2014.

²⁵ Unmüßig 2016, S. 5

²⁶ Vgl. dazu zahlreiche Beiträge in Oliver P. Richmond and Henry F. Carey (eds.). *Subcontracting Peace. The Challenges of the NGO Peacebuilding*, Aldershot/Hampshire (U.K): Ashgate, und insbesondere Oliver Richmond, *The Dilemmas of Subcontracting the Liberal Peace*, ebenda, S. 19-36.

internationale, grenzüberschreitend arbeitende zivilgesellschaftliche Akteure. In den vergangenen beiden Dekaden waren NGOs in recht vielfältiger Weise in die von westlichen Demokratievorstellungen und neoliberalen Grundsätzen geprägten *Nationbuilding*-Maßnahmen als komplementäre Akteure eingebunden, vielfach ohne diese Strategien jeweils gebührend kritisch zu hinterfragen.

Ein weiterer Grund für die massive Abwehr zivilgesellschaftlicher Aktivitäten liegt aber auch in der enormen Zunahme politischer, sozialer und ökologischer Proteste weltweit. So wurden 2014/15 weltweit 60 Groß-Proteste gezählt, in denen Bürger/innen die politische Praxis und Machtstrukturen in Frage stellten und herausforderten.²⁷ Hunderttausende Menschen gingen in den letzten Jahren auf die Straßen, um sich gegen Machtmissbrauch und Korruption zu wehren (wie z.B. in Brasilien, in Venezuela oder auch in Rumänien). Zugenommen haben auch örtliche Proteste gegen den Raubbau an der Natur (z.B. Staudämme, illegale Abholzung von Wäldern, Landraub) sowie gegen die sozialen und ökologischen Auswirkungen von Bergbau und Infrastrukturprojekten. Die politischen Entscheidungsträger und ökonomischen Eliten in vielen Ländern sehen dadurch offenbar sowohl ihre Entwicklungsmodelle insgesamt als auch Profite bedroht:

„Das Argument – keine Einmischung in innere Angelegenheiten – wird von Regierungen und häufig gleichgeschalteten Medien dann ins Feld geführt, wenn sich externe Akteur/innen politisch und finanziell mit sozialen und ökologischen Aktivist/innen und Organisationen vor Ort vernetzen. Diese Argumentationsfigur wird [aber] auch von demokratischen Regierungen benutzt, um Proteste gegen Erdölpipelines oder Kohleminen zu delegitimieren und als extern gesteuert zu diffamieren (Indien, Kanada, Australien).“²⁸

Nicht nur in China, Russland, Indien, Äthiopien, der Türkei oder Kambodscha stehen Umweltschützer/innen unter Druck. „Überall, wo es um Kontrolle des Zugangs zu und die Ausbeutung von strategischen natürlichen Ressourcen geht, von Kohle, Öl und Gas über Wasser, Wälder, Land und Biodiversität, greifen die Mächtigen zu Strategien, um ihre Macht und ihrem Geschäftsmodell das Überleben zu sichern.“²⁹ Auch die Berichte von Maina Kiai, dem Sonderberichterstatter für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit der Vereinten Nationen, belegen eine Zunahme dieser Form von Schikane gegen die Zivilgesellschaft.³⁰

3. Welche Rolle kommt internationaler Jugendarbeit in diesem globalen Kontext zu? Wie kann sie unter den geschilderten Rahmenbedingungen Wirkung entfalten?

3.1. Doppelter Bildungsauftrag

Aus den geschilderten politischen Herausforderungen ergibt sich m.E. für die Jugendarbeit ein doppelter Bildungsauftrag. Dieser besteht zum ersten in der Versachlichung der Debatten um globale Fragen, in denen viel von Gefahren und Risiken die Rede ist und vielfältige Ängste und destruktive Emotionen geschürt werden. Hier geht es also darum, systematisch populistischer

²⁷ Thomas Carothers and Richard Youngs. *The Complexities of Global Protests*. Washington D.C. 2015: Carnegie Endowment for International Peace

²⁸ Unmüßig 2016, S. 5

²⁹ Ebenda, S. 9.

³⁰ Vgl. Maina Kiai. Report of the Special Rapporteur on the rights to freedom of peaceful assembly and of association, A/HRC/29/25, Report to the United Nations General Assembly, April 28, 2015.

Propaganda entgegenzuwirken. Zum zweiten besteht ein zentraler Bildungsauftrag in der Vermittlung von friedenslogischem Denken, um der „Versicherheitlichung“ von Diskursen zu begegnen. Ich meine damit eine Versachlichung und Qualifizierung der Debatten um Globalisierungsfolgen, um die Entstehung von Terrorismus, um Flucht und Migration und Folgen von Einwanderung. Es geht um die Vermittlung von Fakten, und es geht darum, eine Diskussion von Politikansätzen zu ermöglichen, die sich an der Bewältigung der Ursachen dieser Phänomene orientiert, anstatt Symptome zu bekämpfen. Ein zentraler Bildungsauftrag liegt darin, jungen Menschen für sie nachvollziehbare und überprüfbare Fakten an die Hand zu geben, die sie befähigen, die in sozialen Netzwerken und Medien erhältlichen Informationen zu globalen Themen besser einzuschätzen und zu überprüfen. Dazu gehört m.E. auch eine konsequente Medienerziehung: Informationen zu hinterfragen, mehrere und verlässliche Quellen zu Rate ziehen, anstatt irgendwelchen Twitter-Nachrichten zu vertrauen, muss systematisch gelernt werden.

Unsere Zeitungen sind voll von Geschichten über Flüchtlinge, die sich – über die Türkei – zumeist nach Zentraleuropa bewegt haben. Wie aber sieht es mit der Lebensperspektive derjenigen aus, die in der Türkei – ob auf Dauer oder auf Zeit – eine neue Heimat gefunden haben? Seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien sind nahezu 3 Millionen Syrerinnen und Syrer in die Türkei geflüchtet. Dazu kommen noch fast eine halbe Million Flüchtlinge aus dem Irak, Afghanistan, Iran, Eritrea, Somalia und anderen Staaten. Eine zentrale Herausforderung besteht m.E. darin, die Themen Flucht/Migration und Integration, die extrem emotionalisiert wurden, auf eine sachliche Ebene zurückzuholen und überhaupt mit Faktenwissen zu untermauern. Gleichzeitig gilt es, Migration als Chance für Entwicklung zu begreifen und Beispiele für positive Integrationspolitik zu beschreiben (Kanada ist ein gutes Beispiel dafür, dass Integration gelingen kann, wenn Politik sich dazu positiv stellt und diese explizit unterstützt).

Aber auch internationalen Jugendbegegnungen kommt in der aktuellen Weltlage große Bedeutung zu.

3.2. Internationaler Jugendaustausch und Kooperation im Bildungsbereich als Mittel der Humanisierung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen

Internationale Jugendbegegnungen haben in der Zeit des Kalten Kriegs und der Ost-West-Konfrontation mit dazu beigetragen, den eisernen Vorhang durchlässiger zu machen. Zwar lässt sich schwer belegen, in welchem Umfang sich dieser Beitrag bewegte.³¹ Aber Reiseerleichterungen und Möglichkeiten des Austausches im Rahmen des KSZE-Prozesses haben Menschen aus Ost und West immerhin ermöglicht, miteinander in Kontakt zu kommen. Initiativen im Bereich Bildung und Kultur haben dazu beigetragen. Sportaktivitäten, akademischer und kultureller Austausch und Städtepartnerschaften erwiesen sich als förderlich, ebenso wie der internationale Jugendaustausch. Jugendaustausch hat auch die Aussöhnung mit den Ländern befördert, die Deutschland im 2. WK angegriffen, okkupiert und drangsaliert hat (z.B. Frankreich, England und Osteuropa, vor allem Polen).

Auch in der Balkanregion erwiesen sich Jugendaustauschaktivitäten in den vergangenen beiden Jahrzehnten von zentraler Bedeutung. In den Projekten, die ich mitbegleitet habe, trugen Austauschprogramme dazu bei, den Jugendlichen in zerschossenen Nachkriegsregionen ein Gefühl des Anschlusses an die Welt zu vermitteln. Dass deutsche Kids nach Ostbosnien kamen und mithalfen, ein Jugendhaus zu finanzieren, signalisierte ihnen schlicht: Die Welt hat uns nicht

³¹ Vgl. Maina Kiai. Report of the Special Rapporteur on the rights to freedom of peaceful assembly and of association, A/HRC/29/25, Report to the United Nations General Assembly, April 28, 2015.

vergessen, während sie in den unzugänglichen ländlichen Regionen in Passivität verharrten. Die Begegnungen ermöglichten auch das Kennenlernen alternativer Denkweisen, die ethnonationalistische Ausgrenzungen in Frage stellen. Und last but not least eröffneten sie Perspektiven auf politische Veränderung (z.B. die EU-Anbindung, die sich allerdings leider für Bosnien aufgrund der anhaltenden politischen Stagnation bislang nicht realisierte).

Zudem denke ich, dass neben den klassischen Jugendaustauschaktivitäten auch akademische Programme und Stipendien, die jungen Menschen internationalen Austausch ermöglichen, eine ganz große Bedeutung entfalten können. In diesem Zusammenhang möchte ich den US-Amerikanischen Politiker James William Fulbright zitieren. Er sah in diesen Feldern einen wichtigen Beitrag zum Frieden und zur Völkerverständigung (einigen Anwesenden ist er sicher wegen des nach ihm benannten deutsch-amerikanischen Stipendienprogramms bekannt). Fulbright hat sich Zeit seines Lebens sehr intensiv für den internationalen Austausch im Bereich des Bildungswesens und der Begegnung von jungen, in der Ausbildung befindlichen Menschen eingesetzt.

James William Fulbright

“Educational exchange can turn nations into people, contributing as no other form of communication can to the humanizing of international relations.”

“International educational exchange is the most significant current project designed to continue the process of humanizing mankind to the point, we would hope, that men can learn to live in peace - eventually even to cooperate in constructive activities rather than compete in a mindless contest of mutual destruction. (...) We must try to expand the boundaries of human wisdom, empathy and perception, and there is no way of doing that except through education.“

„The essence of intercultural education is the acquisition of empathy-the ability to see the world as others see it, and to allow for the possibility that others may see something we have failed to see, or may see it more accurately. The simple purpose of the exchange program...is to erode the culturally rooted mistrust that sets nations against one another. The exchange program is not a panacea but an avenue of hope (...).“³²

Sehr wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang der Hinweis auf die Empathie als Element von Friedensfähigkeit. Zu den Voraussetzungen für Frieden und Gewaltprävention gehört neben Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit und vorausschauendem, deeskalierendem Handeln eben auch die Fähigkeit, sich in andere Menschen oder gesellschaftliche und politische Akteure hinein zu versetzen. Zur Vermittlung solcher Fähigkeiten kann internationaler Jugend- und Kulturaustausch auch weiterhin maßgeblich beitragen. Genau hier setzen dann Konzepte der Friedenspädagogik und des Globalen Lernens an.

³² <https://eca.state.gov/fulbright/about-fulbright/history/j-william-fulbright/j-william-fulbright-quotes>.

3.3. Globales Lernen und Friedenspädagogik als Voraussetzung für eine friedliche, faire und an Menschenrechten orientierte Gestaltung der internationalen Beziehungen

Globales Lernen als Begriff und Konzept existiert in Deutschland seit den 1990er Jahren und ist verbunden mit dem Anspruch, Menschen zu befähigen, zukunftsorientierte Entscheidungen in einer globalisierten Welt zu treffen, sich mit unterschiedlichen Perspektiven auseinander zu setzen und ihre eigene Lebenswelt mit derjenigen von Menschen anderer Kulturen in Verbindung zu setzen. Es geht darum, Lernprozesse anzuregen, die Menschen motivieren, sich für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und friedliche Welt einzusetzen. Das Konzept fußt auf verschiedenen Entwicklungstheorien sowie der Befreiungspädagogik Paulo Freires und Julius Nyereres und ist eng verknüpft mit der Friedenspädagogik. Friedenspädagogik wiederum versteht sich als ganzheitliches, umfassendes Konzept mit dem Ziel *Friedenskompetenz* (Ich-Stärke und Empathiefähigkeit) zu vermitteln, *Friedensfähigkeit* (soziale Kompetenz) zu entwickeln und zum *Friedenshandeln* anzuregen.

Klassische Themen der Friedenspädagogik sind Ansätze zur Überwindung von Gewalt, die Befähigung zur konstruktiven Konfliktbearbeitung und gewaltfreiem Handeln; Überwindung von Vorurteilen und Feindbildern, Entwicklung von Toleranz und interkultureller Kompetenz, Befähigung zur demokratischen Teilhabe bzw. Vermittlung von Demokratiefähigkeit, Auseinandersetzung mit Dominanzkulturen und gender-Rollen sowie kritische Auseinandersetzung mit den Medien (und mit der Dominanz der Gewalt in Mediendarstellungen). Die Umsetzung der genannten Themen und Ansätze bedarf allerdings im Rahmen des interkulturellen und globalen Lernens der kulturellen und regionalen Differenzierung. „Vieles ist abhängig von den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort. In Ländern und Regionen mit starken Spannungen, Konflikten, Krisen oder Kriegen muss Friedenspädagogik anders konzipiert sein als in Ländern und Regionen, in denen zum Beispiel Menschenrechte weitgehend gewährleistet und demokratische Prinzipien weitgehend verwirklicht sind“, so führen die Tübinger Pädagogen Uli Jäger und Günther Gugel aus.³³ Versuche, friedenspädagogische Bildungs- und Lernprozesse im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit zu initiieren, stehen also vor erheblichen Herausforderungen: „Friedenspädagogik hat es in diesem Zusammenhang vor allem mit kollektiven Prozessen, Einstellungen und deren Veränderungen zu tun. Sie vertraut dabei auf Rechtsstaatlichkeit und fördert diese durch partizipative Strategien.“³⁴

Was aber, wenn – wie aktuell in der Türkei und anderen Partnerländern der Internationalen Jugendarbeit – der Rechtsstaat zunehmend abgebaut wird? Oder wenn, wie aktuell in Israel, politische Friedenslösungen bewusst durch staatliche Akteure torpediert und in weite Ferne gerückt und gleichzeitig auch politische Rechte und Menschenrechte bestimmter Bevölkerungsgruppen verletzt werden? Ich meine, wenn man keine oder eingeschränkte Rechtsstaatlichkeit vorfindet, muss man verstärkt jenseits der staatlichen Strukturen in der Zivilgesellschaft nach Bündnispartnern suchen. Man sollte in solchen Situationen alles daran setzen, Gruppen und Einzelpersonen, die trotz allem politischen Gegenwind unter schwierigsten Bedingungen weiter arbeiten, Brücken bilden und sich für Demokratie, Menschenrechte und Frieden einsetzen, durch persönliche Kontakte zu stärken. Deshalb finde ich die Frage, die auf

³³ Essentials der Friedenspädagogik im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit, Arbeitspapier von InWEnt und IFT; erstellt von Günther Gugel / Uli Jäger, Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. (IFT) Version 2, Stand: 4/2004. Siehe

www.friedenspaedagogik.de/content/download/3519/21197/file/essentials_dt_2.pdf.

³⁴ Ebenda.

dieser Tagung für einen Workshop vorgegeben wurde, extrem relevant: „*Welchen Beitrag kann die Internationale Jugendarbeit zur Stärkung von Zivilgesellschaft in Partnerländern leisten?*“

3.4. Welchen Beitrag kann die Internationale Jugendarbeit zur Stärkung von Zivilgesellschaft in Partnerländern leisten?

Ich denke, dass es gerade in solchen Situationen wichtig ist, zivilgesellschaftliche Kräfte zu stärken, wenn ihnen scheinbar keine oder nur sehr geringe Gestaltungsmacht zukommt. Gerade dann ist es extrem wichtig, diese Kräfte zu stärken und dafür zu sorgen, dass wenigstens begrenzte Räume geschaffen werden können, in denen ein Denken und Handeln jenseits der herrschenden autoritären oder ausgrenzenden Logik möglich ist. Die Jugendprojekte, die ich in Bosnien-Herzegowina unterstützt und mit begleitet habe, entstanden in Situationen, in denen die politische Situation hoffnungslos verfahren war. Die Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten hat diesen Gesamtkontext nicht verändern können. Aber sie hat dazu beigetragen, Räume zu schaffen, die das politische, wissenschaftliche, intellektuelle (Über-)leben von Menschen ermöglichten. Sie hat Jugendliche für Gemeinwesenarbeit und das Eintreten für eigene Interessen motiviert, und sie hat Menschen Mut gemacht, die für das große Projekt der Konflikttransformation und Aussöhnung langfristig unverzichtbar sind.

Zudem zeigt die Erfahrung, dass sich die Gründe für die Einschränkung von Handlungsspielräumen für gesellschaftliche Akteure in jedem Land anders darstellen und dass diese Prozesse einer sehr unterschiedlichen Dynamik unterworfen sind. Diese Dynamik ist oft sehr komplex und eigentlich nur in enger Kooperation und in den Gesprächen mit den Partnern vor Ort zu erfassen. Das habe ich kürzlich erst wieder selbst erfahren, als ich im Dezember 2016 Simbabwe im südlichen Afrika besuchte, ein Land, das seit Jahrzehnten recht diktatorisch regiert wird, in dem massive Menschenrechtsverletzungen stattgefunden haben und weiterhin stattfinden. Die Berichte von *Human Rights Watch* und lokalen Juristenvereinigungen, die ich im Vorfeld studierte, waren verheerend. Der ehemalige Freiheitskämpfer Robert Mugabe erweist sich als einer der repressivsten Autokraten des Kontinents, der seit Jahrzehnten regelmäßig die politische Opposition und NGOs vor und während der Wahlen zusammenknüppeln und inhaftieren lässt, um seine Macht zu demonstrieren. Gleichwohl gibt es dort sehr mutige Ansätze von zivilgesellschaftlichen Akteuren, darunter auch Studentenorganisationen, die Konfliktbearbeitung und Gemeinwesenarbeit betreiben (darunter etliche Partner von *Brot für die Welt*). Ich habe alle NGOs, die ich dort traf, gefragt, ob sich für sie der Handlungsspielraum in den vergangenen zehn Jahren verengt oder erweitert habe. Erstaunlicherweise antworteten sie anders als ich erwartete – nämlich, dass sich für sie der Spielraum insgesamt erweitert habe, dass man aber nie genau vorhersagen könne, wann das Regime wieder mit verstärkten Repressionen reagiere. Diese Willkür machte ihnen zu schaffen, verhinderte aber gleichzeitig nicht ihr Engagement, und alle gingen bis ans Äußerste, um die neugewonnenen Spielräume auszuloten.

Solche Beispiele ändern nichts an der traurigen Gesamtbilanz, nach der sich weltweit gesehen die Spielräume für oppositionelles Handeln oder kritische Ansätze dramatisch verengt haben oder für manche sogar gänzlich geschlossen werden. Aber es zeigt, dass man sehr genau hinschauen und prüfen muss, wie sich die Situation in einzelnen Ländern tatsächlich entwickelt und welche Anpassungs- oder Umgehungsstrategien zivilgesellschaftliche Akteure jeweils entwickeln, um in ihrer Arbeit fortzufahren. Eine Herausforderung liegt also darin, solche Handlungsspielräume überhaupt zu erkennen, systematisch zu nutzen und nach Möglichkeit zu erweitern. Eine Voraussetzung dafür ist eine intensive Kenntnis der Partnerländer und gute Sensoren für die politische Situation und das dynamische Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Man kann nicht erwarten, dass einem diese Informationen von den jeweiligen Botschaften geliefert werden. Hier sind die Träger der Jugendarbeit m.E. wirklich selbst gefordert, sich im direkten Kontakt mit

den Partnern in den jeweiligen Ländern ein Bild von deren Arbeitsrealität zu machen. Je prekärer die Situation, desto wichtiger werden direkte Besuche und persönliche Gespräche, vor allem dann, wenn Absprachen über elektronische und telefonische Kanäle zu gefährlich werden. Nur so kann man wirklich auszuloten, was geht und was nicht geht, was man von aufgeschlossenen Persönlichkeiten in den staatlichen Behörden und von zivilgesellschaftlichen Partnern in einer gegebenen Situation überhaupt erwarten kann.

Vor allem meine ich, dass man die Bedeutung, die internationale Kontakte für Zivilgesellschaft und insbesondere für Jugendliche in autokratischen oder kriegszerstörten Ländern besitzen, nicht unterschätzen sollte und dass man auf keinen Fall vorschnell die Arbeit in repressiver werdenden Länderkontexten beenden sollte, weil man dann viele Menschen demotiviert und ihnen die Hoffnung nimmt, die eine zentrale Voraussetzung für Veränderungsprozesse bildet.

Dr. Martina Fischer ist Politikwissenschaftlerin und seit den 1980er Jahren als Friedensforscherin aktiv. Seit April 2016 unterstützt sie das Referat „Menschenrechte und Frieden“ bei Brot für die Welt (Berlin) als Referentin für Frieden und Konfliktbearbeitung. <https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/dr-martina-fischer>

Workshop 1 | Ferdinand Rissom (dsj), Jochen Rummenhüller (DBJR), Rolf Witte (BKJ)

Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern

Folgende Leitfragen standen im Zentrum der Diskussion über die Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern

1. Welche Herausforderungen bestehen für die Internationale Jugendarbeit durch aktuelle politische Entwicklungen?
2. Welche Chancen, Möglichkeiten und Strategien der Reaktion auf diese Entwicklungen bestehen in der Zusammenarbeit mit ausländischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern?
3. Welchen Beitrag kann die Internationale Jugendarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft leisten?

Jeweils unter Berücksichtigung der Ebenen lokal – national – europäisch/international und der jeweiligen Prozesse in Deutschland sowie im jeweiligen Partnerland.

Es ging im Workshop nicht um die gemeinsame Entwicklung von Lösungsstrategien mit den Teilnehmenden, sondern zunächst um die Sammlung und Einordnung einer Vielfalt von Erfahrungen, um der Komplexität des Themas gerecht zu werden und nicht vorschnelle, vereinfachte Interpretationen vorzunehmen und um keine unangemessenen Lösungsvorschläge zu entwickeln. Darauf aufbauend sollte in weiteren Veranstaltungen an konkreten Folgen und Umsetzungsschritten gearbeitet werden.

Herausforderungen für die Internationale Jugendarbeit durch aktuelle politische Entwicklungen

Die Workshopleiter berichteten kurz von **Herausforderungen**, denen sich ihre Organisationen aktuell stellen müssen.

Die **Deutsche Sportjugend (dsj)** berichtet, dass im vergangenen Jahr alle deutsch-türkischen Begegnungen im Jugendsport von den Trägern abgesagt wurden. Die Absagen wurden insbesondere mit Sicherheitsbedenken und der angespannten politischen Situation begründet. In Anbetracht der aktuellen Situation ist es schwierig, neue Träger in Deutschland für den deutsch-türkischen Jugendaustausch zu gewinnen. Aus Überzeugung, dass insbesondere in politisch angespannten Zeiten der zivilgesellschaftliche Dialog aufrechterhalten werden muss, hat sich die dsj für die Durchführung einer Kooperationsveranstaltung unter Federführung von IJAB entschieden. Diese deutsch-türkische Trägertagung soll dazu dienen, bestehende Kontakte zu stärken, indem die Verantwortlichen im Dialog bleiben und sich selbst ein Bild von der Situation im Partnerland machen können.

Der **Deutsche Bundesjugendring (DBJR)** beobachtet, dass in zahlreichen Ländern Jugendstrukturen unter Druck geraten, da die politische Einflussnahme wächst, Jugendarbeit auf nationaler Ebene für verzichtbar gehalten wird und/oder Fördermöglichkeiten gestrichen werden. In den Mitgliedsstrukturen sind in den zurückliegenden Monaten Absagen von internationalen Maßnahmen sowohl bei Aktivitäten im Inland als auch im Partnerland zu beobachten gewesen. Die Ursachen sind vielschichtig und für jedes Partnerland anders gelagert. Für abgesagte Aktivitäten in Deutschland wurden auch hier beispielsweise Sicherheitsbedenken aber auch fehlende finanzielle Mittel der Partner angeführt. Bei Maßnahmen im Ausland ebenfalls

Sicherheitsbedenken oder aktuelle politische Entwicklungen. Der DBJR arbeitet derzeit mit Blick auf die gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in zahlreichen Partnerländern an einer Entscheidungshilfe für die weitere jeweilige Kooperation.

Die **Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ)** hat in ihrer Funktion als Zentralstelle für den deutsch-polnischen Jugendkultur- und Fachkräfteaustausch im Jahr 2016 einen starken Einbruch bei den Begegnungszahlen feststellen müssen. Viele lokale Träger in Deutschland und Polen wurden daraufhin von ihr befragt, ob dies möglicherweise auf das angespannte politische Klima zwischen beiden Ländern zurückzuführen ist. Diese Befürchtung bestätigte sich jedoch nicht, da alle Träger nachvollziehbare organisatorische oder finanzielle Gründe für ausgefallene oder gar nicht erst geplante Begegnungen benannt haben. Es gilt also auch im aktuellen politischen Klima, dass Veränderungen und Probleme differenziert betrachtet und angemessene Lösungen entwickelt werden müssen.

Die Teilnehmenden formulierten aus ihrer jeweils spezifischen Sicht u.a. folgende aktuelle Herausforderungen:

Herausforderungen auf lokaler Ebene

- Das Gegenseitigkeitsprinzip kann immer seltener eingehalten werden.
- Wie reagieren wir auf ‚patriotische‘ Bildungsziele sowie nationalistische Einstellungen von Partnerorganisationen?
- Kann ich ein Projekt, z.B. mit Partnern aus Israel, einfach absagen? Wie wird dies in der Öffentlichkeit wahrgenommen?
- Wie können Jugendliche für als ‚schwierig‘ wahrgenommene Länder motiviert werden?

Herausforderungen auf nationaler Ebene

- Begegnungen können aus politischen Gründen ‚verzweckt‘, missbraucht werden.

Auf internationaler Ebene

- Die Gründung weiterer bilateraler Jugendwerke erschwert das Einbinden von Partnerländern in multinationale, europaweite Zusammenhänge.

Hier wurde deutlich hervorgehoben, dass die deutschen Träger der Jugendarbeit eine intensive Zusammenarbeit mit ihren ausländischen Partnerorganisationen pflegen müssen, um dort nationalistische Tendenzen (evtl. auch in den Partnerorganisationen) rasch erkennen zu können und sich vor politischem Missbrauch durch nationalistische Regierungen in Partnerländern, z.B. als ‚demokratisches Feigenblatt‘ und vermeintlichen Beweis für die Weltoffenheit missbrauchen zu lassen. Es wurde die Einschätzung geäußert, dass weitere bilaterale Förderinstitutionen eher dazu genutzt werden könnten, nationale Eigeninteressen in den Förderrichtlinien festzuschreiben, als dies z.B. im Rahmen von multinationalen Fördersystemen überhaupt der Fall sein kann.

Chancen, Möglichkeiten und Strategien der Reaktion

Die Teilnehmenden formulierten aufgrund ihrer Erfahrungen u.a. folgende Chancen, Möglichkeiten und Strategien der Reaktion:

Lokale Träger

- Die Entwicklung gemeinsamer Themen mit den Partnern im Ausland.
- Den ehren- und hauptamtlichen Fachkräften eigene Erfahrungen vor Ort im Ausland ermöglichen durch Fachprogramme.

Nationale zivilgesellschaftliche Organisationen

- Die Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen in binationale Gremien.

Politik/Verwaltung

- Fördersysteme müssen sich weiterentwickeln, um flexibler auf neue Rahmenbedingungen reagieren zu können. Mehr Flexibilität statt z.B. weiterer bilateraler Jugendwerke.
- Die längerfristige Vernetzung mit ausländischen Partnern muss auch finanziell ermöglicht werden, über die reine Projekt- und Begegnungsförderung hinaus.

Sehr deutlich wurde die wichtige Rolle der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitenden in der Jugendarbeit unterstrichen, die als Multiplikator(inn)en unbedingt selbst interkulturelle und diversitätsorientierte Lernerfahrungen machen sollten, um gemeinsam mit ‚ihren‘ Jugendlichen angemessene Begegnungskonzepte mit Partnern aus dem Ausland planen zu können.

Die Grenzen der reinen Mobilitätsförderung, die aktuell die Grundlage der Förderung Internationaler Jugendarbeit bildet, sind aus Sicht der Teilnehmenden in der heutigen Zeit längst erreicht. Förderinstrumente müssten deutlich flexibler werden und sich an den heute erforderlichen Formen der längerfristigen Vernetzung mit ausländischen Partnern und an den mehrteiligen Begegnungsprojektformen orientieren, die längst Alltag geworden sind.

Möglichkeiten zur Stärkung der Zivilgesellschaft

Aus ihrer Sicht formulierten die Teilnehmenden u.a. folgende Möglichkeiten zur Stärkung der Zivilgesellschaft:

- Die ausländischen Partner einladen, auf jeden Fall im Gespräch bleiben. Möglichst viele Menschen sich begegnen lassen.
- Eigene Kriterien für die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern entwickeln.

Der Grundtenor bei allen Teilnehmenden war eindeutig: Gerade in diesen politisch schwierigen Zeiten sind Begegnungen von Jugendlichen, Fachkräften und die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Partner in zunehmend autoritären Staaten wichtig – solange dies die Partnerorganisationen auch von sich aus wünschen. Dabei sahen die Teilnehmenden jede lokale, regionale oder nationale Organisation der Jugendarbeit in der Pflicht, für sich selbst eine klare und eindeutige Strategie zu entwickeln und umzusetzen: Welche Kriterien legen wir an die Zusammenarbeit mit Partnern an? Mit wem werden wir nicht mehr zusammenarbeiten? Können wir mehr zivilgesellschaftliche Stärkung unserer Partner durch Jugendbegegnungen, durch Fachkräfteprogramme oder durch andere Formen der internationalen Vernetzung erreichen?

Workshop 2 | Stephan Erb (DPJW), Dr. Markus Ingenlath (DFJW), Thomas Hoffmann
(Stiftung DRJA)

Bewertung der Situation im Partnerland

1. Wie wirken sich veränderte politische Rahmenbedingungen auf die Pflege bestehender und/oder Anbahnung neuer Partnerschaften zwischen Austauschorganisation aus?

Wie sollen Träger reagieren, wenn sich Staaten in eine unserem Verständnis undemokratische Richtung entwickeln und nur noch politisch genehme Organisationen fördern? Soll man in erster Linie den partnerschaftlichen Austausch pflegen oder am Werben für gemeinsame Werte festhalten?

Die Antwort in der AG war nicht einheitlich, sie reichte von einem Plädoyer „Jeder Austausch ist besser als gar keiner!“, das auch mit Beispielen aus der Zeit des Kalten Krieges veranschaulicht wurde, bis hin zur Feststellung, dass es sog. „rote Linien“ geben müsse, die zivilgesellschaftliche Organisationen aus Deutschland in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern in Achtung der freiheitlichen Grundordnung nicht verletzen dürften. Eine wichtige Botschaft war, dass es derzeit auf diesem Gebiet noch keine Rückschläge bei den meist langlebigen Partnerschaften gibt. Es deuten sich aber Schwierigkeiten an, wenn – wie im Fall der Türkei – auf deutscher Seite die Teilnahme an einer Partnerbörse offen ausgeschrieben wird, während auf der Gegenseite bei der Zusammenstellung der Teilnehmerliste Intransparenz herrscht.

Die AG hat zwei Lösungsvorschläge:

- Bei Anbahnung neuer Partnerschaften hilft ein genaueres vorheriges Kennenlernen der Träger. Hier wäre die Finanzierung von Vorbereitungstreffen hilfreich. So können Bewertungsfragen vorher angesprochen werden und man kann vermeiden, dass sie im Austausch trennend wirken.
- Wenn politische Ereignisse rechtlich wie höhere Gewalt wirken (vgl. Putsch, Terror), sollten Wege gefunden werden, dass die Träger bei Absagen nicht auf den entstandenen Kosten sitzen bleiben.

2. Sicherheitsfragen

Die AG ist sich einig, dass dies keine künstlich konstruierte Frage ist, sondern ein reales Hindernis der internationalen Begegnungsarbeit darstellt. Es gilt hier sorgfältig zu unterscheiden zwischen Outbound- und Inbound-Mobilität (von Deutschland ins Partnerland und aus dem Partnerland nach Deutschland) sowie gefühlter Sicherheitslage und tatsächlich notwendigen Sicherheitsfragen. In seiner Inbound-Mobilität ist Deutschland (wg. Flüchtlingspolitik und Terroranschlägen) erstmals mit Fragen nach der Sicherheit im Land konfrontiert. Hier gilt es, die interkulturelle Komponente bei der Sicherheitsfrage ernst zu nehmen und auch z.B. die suggestive Wirkung bei der Medienberichterstattung über Deutschland in den Partnerländern des Austausches zu berücksichtigen.

Die AG schlägt deshalb vor:

- Im Sinne eines echten interkulturellen Dialogs kann man sich ein Stück weit auf den Diskurs/das Bedürfnis, die Sicherheit zu thematisieren, einlassen, sollte jedoch darauf

achten, dass das Thema nicht bestimmend wird.

- Vernetzungsarbeit mit ehemaligen Inbound-Programmteilnehmenden zu intensivieren (z.B. Berichte online stellen), dass Interessierte sich aus erster Hand informieren oder nachfragen können. Die Förderinstitutionen leisten ebenfalls diese Vernetzungsarbeit und halten engen Kontakt zur Zivilgesellschaft.
- Eine „pädagogische Handreichung“ zum Umgang mit Sicherheitsfragen zu entwickeln.
- Für jeden Austausch die Gewichtung, die man Sicherheitsfragen gibt, neu bewerten und im Sinne einer persönlichen Risikoanalyse festlegen (gilt auch für gesundheitliche Notfälle etc.)

3. Wie politisch ist die internationale Jugendarbeit?

Politische Rahmenbedingungen, die sich ändern, können im Extremfall nicht nur das Verbot von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten bewirken. Politik kann z.B. allein durch neue politische Schwerpunktsetzungen auch finanzielle Auswirkungen haben und Jugendbegegnungen durch fehlende Mittel gefährden. Auch das Gegenteil ist möglich: Jugendbegegnungen mit bestimmten Ländern können politisch gewollt durch gezielte Förderungen intensiviert werden. Deshalb ist internationale Jugendarbeit per se politisch und muss auch politischer werden.

Die AG empfiehlt:

- Eine klare Benennung und Definition von Themen ist nötig. Dennoch sollte man sich eine notwendige Flexibilität bewahren: Wenn die Programmtteilnehmenden während der Begegnung auf trennende Themen stoßen, sollte dies im Sinne eines fruchtbaren interkulturellen Dialogs aufgegriffen werden.
- Die internationale Jugendarbeit sollte auch Mobilitätshindernisse, wie die neu eingeführten biometrischen Daten für die Visaerteilung deutlich bei den politisch Verantwortlichen zur Sprache bringen.
- Der DBJR arbeitet an einer Kriterienliste zur Beurteilung von Partnerorganisationen im Ausland zur Orientierung für deutsche Träger.

Neue Impulse für die Internationale Jugendarbeit

Thesen zum Themenbereich „Arbeit mit jungen Geflüchteten“

Begleitete und unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche, die als junge Flüchtlinge auf gefährlichen und abenteuerlichen Wegen nach Deutschland kommen benötigen die engagierte Unterstützung der Internationalen Jugendarbeit im besonderen Maße. Die Anzahl der jährlich in die EU legal und illegal einreisenden und sich hier auf aufhaltenden jugendlichen Drittstaatenangehörigen ist deutlich höher als in den Medien dargestellt. Deutschland hat das Vereinigte Königreich als beliebtestes Einwanderungsland abgelöst. Die Zuwanderung erfolgt in Deutschland konzentriert auf bestimmte Einwanderungsknotenpunkte. Die Hauptherkunftsländer der illegal einreisenden Jugendlichen sind Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea, Somalia, Nigeria sowie in geringerem Umfang die Maghreb Staaten.

Die jugendlichen Zuwanderer müssen in das **europäische Narrativ** einbezogen werden. Im Selbstverständnis vieler Länder ist Europa ein Auswanderungs- jedoch keine Einwanderungskontinent. Es gilt als selbstverständlich, dass Europäer woanders hingehen und dort erfolgreich sein können. Das gleiche Verständnis wird oft nicht für Drittstaatenangehörige aufgebracht, die nach Europa kommen. Die Internationale Jugendarbeit sollte in ihren Kooperationen, insbesondere mit Osteuropa im Rahmen von anspruchsvollen Fachkräfteprogrammen und attraktiven Jugendaustauschen an diesem bereichernden Themenkomplex arbeiten.

Viele junge Migranten und Flüchtlinge wollen und müssen schnell Geld verdienen und haben kein Interesse an einer anspruchsvollen Ausbildung. Ihre Integration in den hochregulierten deutschen Arbeitsmarkt mit den dualen Bildungssystemen mit langjähriger Ausbildung ist für diese jungen Menschen sehr herausfordernd. Hinzu kommt, dass z.B. syrische und irakische Jugendliche mit gleichem Bildungsabschluss im Durchschnitt 4-6 Jahre in Wissen und Fähigkeiten den gleichaltrigen deutschen Jugendlichen hinterherhinken. Die Monate und Jahre der Flucht haben sie des Lernens entwöhnt. Die Analphabeten unter ihnen haben das Lernen nie gelernt. Wir müssen für diese Gruppen der jungen Migranten und Flüchtlinge zeitnah vielfältige und sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten entwickeln. Tun wir dies nicht, besteht die Gefahr, dass sich ein Teil von ihnen radikalisiert. Wir können uns in Deutschland und in Europa eine weitere zusätzliche „verlorene Generation“ aus sozialen, ökonomischen und ethischen Gründen nicht leisten. Es gilt zu konkreten Praxisfragen im Umgang mit jungen Flüchtlingen voneinander in Europa zu lernen. Maßnahmen und Strategien zur längerfristigen gesellschaftlichen Integration jugendlicher Flüchtlinge sollten diskutiert werden. Zur Stärkung des Integrationswillens gehört die Eröffnung einer attraktiven Bleibeperspektive. Positive Beispiele, wie die deutsche „3 + 2 Regelung“ sollten international bekannt gemacht werden. Wenn Jugendliche Flüchtlinge in Deutschland eine Ausbildung beginnen, dann erhalten Sie für die drei Jahre der Ausbildung und für zwei anschließenden Jahre einen Aufenthaltstitel.

Zur Stärkung des Integrationswillens trägt auch die Möglichkeit der Familienzusammenführung bei. Auch hierfür können die Netzwerke der internationalen Jugendarbeit genutzt werden.

Die Internationale Jugendarbeit in Deutschland kann zusätzlich ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der Nichtdiskriminierung und des interkulturellen Verständnisses mit Fachkollegen in Europa teilen.

Die Internationale Jugendarbeit muss die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente und Ansätze mit Blick auf die lokale Unterstützung junger Flüchtlinge weiterentwickeln und ausbauen. Sie sollte mithelfen spannende und herzliche **Orte der internen Solidarität** zu schaffen, in denen junge Flüchtlinge Kontakte zu den lokalen Kindern und Jugendlichen außerhalb der pädagogischen Institutionen (Kindergarten, Schule) erhalten. Sie hat junge Flüchtlinge dabei zu unterstützen, dass sie lebendige Kontakte mit anderen gleichaltrigen Jugendlichen erhalten und sich am Zuwanderungsort zu integrieren und zu engagieren. Die Organisationen der Internationalen Jugendarbeit sollten von sich aus aktiv und mehr als bisher auf die Erstversorgungseinrichtungen und die Wohnunterkünfte von jungen Flüchtlingen zu gehen. Die internationale Jugendarbeit hat hier eine Bringeschuld.

Soweit dies für die Stabilisierung der jungen Zugewanderten notwendig ist sollte der Aufbau und die Arbeit von vielfältigen Migrantenselbsthilfeorganisationen genauso unterstützt werden, wie die Integration in die bunte Vielfalt der Jugendverbandsarbeit und die offene Kinder- und Jugendarbeit.

Die Internationale Jugendarbeit kann mit ihren Netzwerken dazu beitragen, **Orte der externen Solidarität** in anderen Ländern zu kreieren. So könnte zum Beispiel das europäische Solidaritätskorps dazu genutzt werden, Hilfe durch Peergroups für junge Menschen und ihre Familien in den Flüchtlingslagern Griechenlands und Italiens zu organisieren.

Workshop 4 | Jochen Butt-Posnik(JfE), Manfred von Hebel (JfE)

Neue Strategien der Internationalen Jugendarbeit für ein starkes Europa

Aktuelle Entwicklungen geben Anlass zu Sorge um die Zukunft Europas. Europa war und ist zwar einer ständigen Entwicklung unterworfen, aber der Brexit ist eine neue Wegmarke für ein wachsendes Misstrauen gegenüber einem offenen und solidarischen Europa. Inzwischen geht es um die Bewahrung von europäischen Grundlagen und Werten und die Vermeidung des Rückfalls in die Zeiten des Nationalismus. Es braucht die Erneuerung der europäischen Idee, eine neue Erzählung auf der Grundlage des gelebten europäischen Alltags.

Die enormen Herausforderungen, gesellschaftlichen Veränderungen und globalen Krisen drücken sich gegenwärtig in spürbaren sozialen und gesellschaftlichen Spannungen sowohl innerhalb der EU als auch in den Mitgliedstaaten aus. Zudem wird das Problem einer umfassenden EU-Erweiterung unter nahezu ausschließlich wirtschaftlichen Erwägungen ohne gleichzeitige Weiterentwicklung des Kerns sowie der Verfahren und Strukturen innerhalb der EU jetzt offensichtlich. Eine Union ausschließlich begründet auf der Basis eines Binnenmarkts und ohne eigene gemeinschaftliche Identität kann nicht funktionieren. Es geht um die sehr grundsätzliche Frage, was die EU in ihrem Inneren zusammenhält.

Das Versagen europäischer Politik zeigt seine Wirkungen und führt zur Unfähigkeit, wirklich wirksame und notwendige Reformen in der EU einzuleiten. Das Desinteresse der Zivilgesellschaft an der Weiterentwicklung der EU droht sich zu rächen und als Konsequenz ihre Existenz- und Handlungsgrundlagen weiter zu schwächen. Die Gleichgültigkeit der Demokraten ist gefährlich, aus Indifferenz muss wieder politisches Engagement für Europa werden. Der Rückfall in die Zeiten des Nationalismus muss verhindert, der Gefährdung der Offenheit und der Demokratie etwas entgegen gesetzt werden. Es braucht die Erneuerung der europäischen Idee: ein offenes und soziales Europa, das ein menschenwürdiges Leben für alle ermöglicht, friedlich, solidarisch, demokratisch, freiheitlich, plural, tolerant, rechtsstaatlich, partizipativ, inklusiv, zukunftsgerichtet und zukunftsfähig, in dem Vielfalt als Bereicherung empfunden wird.

Was gilt es also in politischer Bildung, Jugendarbeit, Jugendhilfe und Jugendpolitik zu tun? Wie kann Europa als Lebens-, Erfahrungs- und Entwicklungsraum für junge Menschen erfahrbar gemacht werden? Wie kann eine identitätsstiftende Auseinandersetzung mit Europa stattfinden und mit kritischer Reflektion und echter Beteiligung verbunden werden? Welche Rolle spielen Einrichtungen und Strukturen politischer Bildung, von Jugendarbeit und Jugendhilfe und die darin tätigen Akteure für eine Erneuerung Europas? Wie kann eine gesamtgesellschaftliche Initiative für die Stärkung europäischer Identität, europäischen Bewusstseins, europäischen Engagements auf den Weg gebracht werden?

Der Vorschlag: Eine gemeinsame Initiative zur Erneuerung Europas mit 10 Kapiteln.

- 1) Europa tut spürbar etwas für die Lebenssituation junger Menschen
- 2) Europa hat eine starke Jugendpolitik
- 3) Europa benötigt mehr europäische Bildung
- 4) Junge Menschen leben Europa
- 5) Junge Menschen engagieren sich in und für Europa

- 6) Die Internationale Jugendarbeit übernimmt Verantwortung für Europa
- 7) Es gibt ein europäisches zivilgesellschaftliches Gemeinwesen
- 8) Regionen und Kommunen übernehmen Verantwortung für Europa
- 9) Europa hat wirksame Förderprogramme für junge Menschen
- 10) Europäische Geschichte(n) wird gemacht – eine neues Narrativ

Ein erneuertes Europa braucht eine neue europäische Erzählung, die getragen wird von den wirklichen Lebenserfahrungen seiner Bürgerinnen und Bürger und insbesondere der jungen Menschen und einhergehen muss mit der Veränderung Europas zu einem gemeinschaftlichen Lebensraum. Ein neues europäisches Narrativ muss von jungen Menschen selbst und den Menschen in Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltungen und Wirtschaft gemeinsam gefordert, gestaltet und gelebt werden.

In der auf den Beitrag Manfred von Hebels folgenden Diskussion ging es um **Auswirkungen der aktuellen Renationalisierungsprozesse und Grenzziehungen innerhalb Europas auf die internationale Jugendarbeit**. Die Teilnehmenden berichteten aus der eigenen Praxis unter anderem von einer „Jetzt erst recht!“-Haltung einiger Träger und dass sich der Brexit auch als „heilsamer Schock“ lesen lässt. Die Herausforderungen tragen zu einer Re-Politisierung der fachlichen Arbeit in der Internationalen Jugendarbeit bei. Politische Bildung in ihren vielfältigen Formen muss dabei über das reine Informieren hinausgehen. Aufgabe der Jugendarbeit muss die Handlungsfähigkeit von jungen Menschen sein, sich mit politischen Entscheidungen auseinanderzusetzen. Die internationale Jugendarbeit ist aufgerufen, Jugendlichen Raum zu geben, um Position beziehen zu können; es muss Überzeugungsarbeit geleistet werden für eine stärkere und breite Re-Politisierung.

Allerdings muss die tatsächliche Einflussmöglichkeit realistisch gesehen werden: Die Positionen der Jugendarbeit erringen in Europa keine praktische politische Macht. Auch der deutsche Diskurs in der Jugendhilfe gelangt nicht auf Europäische Ebene.

Auf der Ebene der praktischen internationalen Jugendarbeit ist zu beobachten, dass Träger/Partner im Ausland aufgrund von Umstrukturierungen oder nationalen Reformen wegbrechen können. Auch die zum Teil massiven Förderkürzungen haben die Strukturen der Jugendarbeit stellenweise zerstört bzw. bedrohen ihre Existenz. Mancherorts wird Fachkräften tiefes Misstrauen entgegengebracht („feindliche Agenten“?). Andererseits stellen Förderprogramme wie Erasmus+ oder andere Europäische Maßnahmen häufig noch eine der letzten Finanzierungsquellen für zivilgesellschaftliche Träger dar. Bei den Partnern werden z.T. kritische Themen im Antrag nicht thematisiert, um eine Förderung nicht zu verhindern. Wie kann Solidarität geübt werden? Stabile Netzwerke helfen dabei, die Zusammenarbeit weiter zu sichern und die negativen Auswirkungen von z. B. Renationalisierungsprozessen abzumildern. Inwiefern hier der bilateralen Zusammenarbeit möglicherweise mehr Bedeutung zukommt, wurde kontrovers diskutiert. Einigkeit bestand darin, dass auch hier Europa mitgedacht werden muss.

Europa wird dabei nicht unkritisch gesehen: sich mit dem Europa in dieser Gestalt zu identifizieren, fällt auch vielen Fachkräften nicht leicht. So stellt z.B. die Flüchtlingspolitik berechtigterweise infrage ob es überhaupt eine gemeinsame Wertebasis in Europa gibt. Auch die Rolle und Position Deutschlands als Hegemon (z.B. im Zuge der Austeritätspolitik) und die neoliberale Wirtschaftspolitik der EU ist Teil berechtigter Kritik.

Wie kann die Internationale Jugendarbeit ihre Rolle zur Stärkung eines europäischen Integrationsprozesses neu definieren?

Von Seiten der Internationalen Jugendarbeit ist ein klares Bekenntnis zu Europa nötig. Wir müssen in der Lage sein, Europas positive Seiten zu kommunizieren – und gegebenenfalls auch mal zuspitzen: Was wäre denn die Alternative zu einem gemeinsamen Europa? Es reicht dabei nicht aus, mit einem intellektualisierten Europabegriff zu argumentieren; Europa sollte auf eine niedrigschwellige und emotionale Ebene geholt werden. Die Internationale Jugendarbeit schafft Begegnungsräume und Formate, in denen prägende Erfahrungen gemacht werden können (z.B. durch Austausch und internationale und interkulturelle Praxis).

Die Fachkräfte sollten dabei selbst mehr Mobilitätserfahrungen machen – vermeintliche Überheblichkeit gilt es zu überwinden („Von den anderen können wir sowieso nichts lernen, da wir selbst schon so hohe Standards haben.“). Gleichzeitig muss aber die Sorge mancher Träger, dass die nationalen Standards durch stärkere Zusammenarbeit sinken könnten, ernst genommen und konstruktiv begegnet werden.

Problematisiert wurde von den Fachkräften die „Erasmus+-Blase“: es kommt insbesondere in der polarisierten Debatte darauf an, auch über die Fachebene hinaus das Gespräch zu suchen und Kontakte herzustellen. Auch die Fachkräfte der Internationalen Jugendarbeit haben die Aufgabe, Dialogfähigkeit auf allen Ebenen zu üben und zu erhalten. Sich dabei auch mit Menschen, die einem nicht nahe sind, auseinanderzusetzen bzw. ihnen zu begegnen ist eine Erfahrung, die die Internationale Jugendarbeit bieten kann.

In der Zusammenfassung lassen sich die Hauptpunkte der Diskussion in drei Empfehlungen ausdrücken:

- (1) Europa: Europa muss positiv, niedrigschwellig und konkret erfahrbar kommuniziert werden (können). Das schließt nicht aus, die konkrete Gestalt und Ausrichtung europäischer Politik und ihrer Folgen für junge Menschen (konstruktiv) zu kritisieren.
- (2) Re-Politisierung: wir müssen in die politische Auseinandersetzung gehen. Auch der deutsche Fachdiskurs muss nach Europa getragen werden.
- (3) Internationale Jugendarbeit als Expertin für den Dialog mit dem Fremden: Dialogfähigkeit muss eingeübt und aufrechterhalten werden. Dafür müssen wir die Blase verlassen.

Bedeutung und Rolle der Fördergeber

1. Position des Fördergebers im Kontext inhaltlicher/politischer Fragen

Politischer Rahmen für die Förderung von Jugendaustausch wichtig

In Deutschland wird die Förderung internationalen Jugendaustauschs durch vielfältige öffentliche Programme unterschiedlicher Ministerien, Förderpläne der Länder und Kommunen, bilaterale Jugendwerke und Koordinierungsstellen sowie durch verschiedene Stiftungen ermöglicht. Darüber hinaus stehen Mittel aus dem europäischen Programm Erasmus+ zur Verfügung. In den Partnerländern sieht die Situation oft deutlich anders aus. Nationale Mittel werden insbesondere an Träger der Zivilgesellschaft vielfach nur dann bereitgestellt, wenn bilaterale Vereinbarungen mit Deutschland bestehen. Hierdurch ergeben sich zum Teil auch Erleichterungen bei der Visaerteilung oder ein Verzicht auf Visagebühren. In Mitgliedstaaten der EU wird der Jugendaustausch zunehmend nur aus dem EU-Programm Erasmus+ gefördert. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrisen der letzten Jahre wurde in vielen Ländern die Förderung der Jugendarbeit erheblich reduziert. Dadurch sind ausländische Partner verstärkt gezwungen, private Mittel zu generieren, oder der deutsche Partner finanziert den Aufenthalt im Partnerland mit. Bei Letzterem wird jedoch mehr und mehr das Gegenseitigkeitsprinzip von zwei Partnern, die wechselseitig Gastgeber sind, in Frage gestellt. In manchen Partnerländern wird von Regierungsseite ein solches Vorgehen der Finanzierung durch Deutschland sogar als „Demokratieexport durch Geld“ gesehen (Russland, Ägypten) und zum Teil untersagt. Dennoch sollten Optionen der Förderung des Aufenthalts im Partnerland im Förderprogramm in Ausnahmefällen möglich sein, wie z. B. in Griechenland.

Politischer Einfluss auf Stiftungen

Im Gespräch wurde deutlich, dass politische Entwicklungen auch Wirkungen auf das Engagement von Stiftungen in Bezug auf bestimmte Länder haben (hier: Robert Bosch Stiftung, Stiftung Mercator/Deutsch-Türkische Jugendbrücke). Jugendaustausch wird dabei in der Regel als unpolitisch eingestuft, so dass auch eine Förderung mit Ländern ermöglicht wird, wo in anderen Bereichen die Förderung aus politischen Gründen eingestellt wird. Die Deutsch-Türkische Jugendbrücke fördert z. B. auch Nichtregierungsorganisationen in der Türkei. Die Stiftungen sehen sich gegenüber öffentlichen Fördergebern leichter in der Lage, flexibel auf politische Ereignisse zu reagieren. Damit verbunden ist die Tendenz, dass sich Träger zunehmend an private Geber wenden. Aber auch die private Seite sieht diese Entwicklung kritisch. Die Stiftungen wollen nicht „Lückenfüller“ werden für Versäumnisse an anderer Stelle. Zu berücksichtigen ist ferner, dass Förderprogramme der Stiftungen oftmals auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt sind.

Förderung von Maßnahmen mit politisch sensiblen Themen

Die Erfahrungen der Teilnehmenden zeigen, dass bestimmte Themen, z. B. Politische Bildung oder sexuelle Orientierung zu Problemen bei den ausländischen Partnern führen können. Eine finanzielle Förderung mit öffentlichen Mitteln wird verweigert. Bei international tätigen Partnern in Polen wird z. B. seit Neuestem der Goethe-Abschluss polnischer Lehrer nicht mehr anerkannt, sie dürfen nicht mehr Deutsch unterrichten, sondern müssen den Abschluss an einer polnischen Einrichtung nachholen. In dem Kontext wird angemerkt, dass in manchen Ländern die Curricula an Schulen so verändert werden, dass Fächer, die eine kritische Auseinandersetzung erfordern, wie Philosophie, Sozialwissenschaften o. ä. nicht mehr auftauchen.

Projekte mit politisch sensiblen Themen werden bei Erasmus+ tendenziell eher in liberaleren Ländern beantragt.

Für Marokko stellt ein Teilnehmer fest, dass eine Entpolitisierung nach außen notwendig ist, um überhaupt zusammenarbeiten zu können. Die Praxis kann / soll politisch sein, darf aber nicht als solches deklariert werden. Dies beinhaltet zwar eine Selbstzensur im Diskurs, aber nicht in der Handlung.

Gleichzeitig haben Vertreter/-innen mehrerer marokkanischer Jugendorganisationen bei einer Konferenz in Marokko eindringlich für eine Zusammenarbeit plädiert. Sie setzen in die Zusammenarbeit mit Deutschland große Hoffnungen. Dies zeigte sich auch bei einer Nordafrikakonferenz Ende 2015 in Deutschland. Junge Menschen lernen durch den Austausch mit Deutschland andere Lebensentwürfe kennen, lernen, was Freiheit und Demokratie bedeuten und sehen für sich neue Perspektiven und Ideen zur persönlichen Weiterentwicklung im eigenen Land. Vertreter/-innen nordafrikanischer Jugendorganisationen sehen darin sogar eine Chance, junge Menschen vor Extremismus und Radikalisierung zu bewahren. Allerdings weisen sie darauf hin, dass eine bilaterale Vereinbarung ihnen die Möglichkeit geben würde, als zivilgesellschaftlicher Träger Fördermittel zu erhalten, die derzeit nur für staatliche Projekte zur Verfügung stehen.

Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit der Türkei zeigen, dass die Jugendlichen gerade in Zeiten der Instabilität, der Repression selber großes Interesse haben, alternative Lebensformen kennenzulernen. Die Deutsch-Türkische Jugendbrücke verzeichnet gerade jetzt hohes Interesse am Austausch.

In Ungarn gibt es trotz wachsender nationalistischer Tendenzen ein Jugendprogramm der Regierung für die trilaterale Zusammenarbeit. Die ungarischen Träger haben allerdings große Schwierigkeiten, Partner zu finden, da bei vielen ausländischen Partnern eine Abwehrhaltung gegen die ungarische Regierung besteht.

Die Teilnehmenden verständigen sich darauf, dass die Handlungsfähigkeit für den Austausch und die Zusammenarbeit erhalten bleiben muss und dafür ggf. „Insellösungen“ zu suchen sind. Das heißt, in Bezug auf bestimmte Länder können politische Themen nicht ins offizielle Programm bzw. den Förder- oder Visaantrag aufgenommen werden, wenn damit die Partnerschaft gefährdet wird. Gerade in politisch schwierigen Zeiten ist es wichtig, den Austausch überhaupt aufrecht zu erhalten. Die Teilnehmenden des Workshops gehen davon aus, dass die Jugendlichen selbst ohnehin alle Themen ansprechen, die ihnen wichtig sind, auch politische.

Zweckbindung des Kinder- und Jugendplans des Bundes

Das BMFSFJ weist auf die Beachtung der Zweckbindung der Mittel im internationalen Jugendaustausch hin. Die Zielrichtung des KJP ist ausgerichtet auf deutsche Jugendliche und nicht auf die Förderung im Partnerland. Der Aufbau jugendpolitischer Strukturen in Nachfolgestaaten der Sowjetunion in den 90er Jahren war damals ein politischer Schwerpunkt, der sich dann in den 2000er Jahren zugunsten eines stärkeren Gewichts auf den Jugendaustausch verändert hat.

Im Unterschied dazu ermöglichen die finanziellen Mittel des Auswärtigen Amtes im Rahmen der Transformationspartnerschaften mit nordafrikanischen Ländern die Unterstützung demokratischer Strukturen. Die Transformationspartnerschaften verfügen über ein breit angelegtes Instrumentarium und sind besonders geeignet, substaatliche Akteure und die Zivilgesellschaft anzusprechen.

Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ stellt Mittel u. a. für Engagementförderung, Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung bereit. Das Programm ist von der Förderlogik nicht für Integrationsmaßnahmen gedacht, was in der Praxis aber oft angefragt wird. Daher gibt es inhaltliche Förderberater/-innen, die den Antragsteller(inne)n zur Seite stehen.

Gefördert werden Maßnahmen aus der Bevölkerung mit Effekt für die Mehrheitsgesellschaft. Es versteht sich nicht als Programm für Minderheiten, um nicht eine zusätzlich Abgrenzung zu erzeugen.

Prinzipiell können keine Maßnahmen gefördert werden, die durch den KJP abgedeckt sind. Im Einzelfall kann aber eine Förderung ermöglicht werden, wenn eine Zuordnung nicht eindeutig möglich ist. Hier hängt es von der Argumentation und Begründung des Antragstellers ab. In jedem Fall muss der Träger aber eine Kofinanzierung sicherstellen bzw. einen Eigenanteil leisten.

Finanzierung von Sicherheitsmaßnahmen durch den Fördergeber

Träger, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ Projekte umsetzen, sind zum Teil Anfeindungen von außen ausgesetzt: Demokratie leben soll Engagement fördern; wenn dieses Engagement sichtbar wird, können Gegenreaktionen ausgelöst und z.B. Träger angegriffen werden. Daher setzt sich das BMFSFJ als Förderer dieser Projekte auch mit den Effekten seiner Förderung auseinander und übernimmt Verantwortung, indem z. B. in Einzelfällen Sicherheitsmaßnahmen mitgefördert werden.

Bei Maßnahmen, die aus dem KJP gefördert werden, ist dies bisher nicht vorgesehen, obwohl es im internationalen Jugendaustausch inzwischen auch rassistische Übergriffe auf Partnergruppen in Deutschland gibt.

2. Konsequenzen für die Förderung bzw. Antragstellung

- Eine öffentliche Förderung ist unabdingbar für grundlegende gesellschaftliche Aufgaben. Stiftungen können ergänzende Geber sein mit möglicherweise mehr Flexibilität, jedoch sind sie in der Regel politisch nicht unabhängig. Die Möglichkeit von staatlicher und nicht-staatlicher Förderung, d.h. die Vielfalt der Förderlandschaft wird jedoch als Chance gesehen.
- Bilaterale Vereinbarungen ermöglichen eine Förderung im Partnerland meist auch für zivilgesellschaftliche Träger, erleichtern die Visaerteilung oder führen zu einem Verzicht der Visagebühren und helfen insgesamt bei der Zusammenarbeit der Träger. Der Wegfall von bilateralen Gesprächen bzw. bilateralen Fachausschüssen mit einigen Ländern in den 2000er Jahren hat die Zusammenarbeit im Nachhinein erschwert.
- Förderprogramme sollten in Bezug auf den internationalen Jugend- und Fachkräfteaustausch mehr Flexibilität zulassen, um mit Auswirkungen politischer Entwicklungen auf die Programme besser umgehen zu können.
- Die Handlungsfähigkeit für den Austausch und die Zusammenarbeit muss erhalten bleiben. Dafür sind ggf. „Insellösungen“ zu suchen. Das heißt, in Bezug auf bestimmte Länder können politisch sensible Themen nicht ins offizielle Programm bzw. den Förder- oder Visumsantrag aufgenommen werden, wenn damit die Partnerschaft gefährdet wird. Es ist zu beachten, was im Handlungsrahmen auch des ausländischen Partners möglich ist; ggf. nicht auf demokratiefördernden, politisch bildenden Elementen im Programm beharren, sondern die politische Dimension implizit mittragen lassen.

Workshop 6 | Werner Müller (transfer e.V.), Stefan Schäfer (TH Köln), Ulrich Ballhausen (Universität Göttingen), Daniel Poli (IJAB)

Neue Impulse zur Stärkung der politischen Dimension Internationaler Jugendarbeit

Es wurde die Arbeitsgruppe „Politische Dimension in der Internationalen Jugendarbeit“ vorgestellt und auf die Verortung im Kontext von „Forschung und Praxis im Dialog“ verwiesen. Werner Müller lud alle Workshop-Teilnehmenden dazu ein, sich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen.

Der erste inhaltliche Beitrag erfolgte durch Stefan Schäfer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung der TH Köln (Prof. Dr. Andreas Thimmel). In seinem Vortrag „Internationale Jugendarbeit im Spiegel der Debatte um eine Re-Politisierung – Prozesse und Forschungsbedarfe“ verwies Schäfer auf die auch in benachbarten Diskursfeldern (Erziehungswissenschaft, Soziale Arbeit, Jugendarbeit) geführten Debatten um Re-Politisierung und hob die in der Internationalen Jugendarbeit in der jüngeren Vergangenheit verstärkt geführten Diskussionen um die „politische Dimension“ hervor. Ausgehend davon machte Schäfer auf verschiedene Punkte aufmerksam, an denen sich eine Re-Politisierung der Fachdebatte ablesen lässt: Sowohl an der Kritik diversitätsorientierter Internationaler Jugendarbeit, die eine Engführung pädagogischer Konzepte auf Kulturdifferenz beklagt als auch im Konzept der Reflexiven Internationalität, das von einer „Ausblendung der politischen Dimension“ ausgeht, lässt sich eine Widersichtbarmachung der politischen Dimension ablesen. Ein weiterer Punkt ist eine im Rahmen von „Forschung und Praxis im Dialog“ durchgeführte Literaturrecherche: Sichtbar werde die politische Dimension hier in den Diskussionen um politische Bildung, Zivilgesellschaft bzw. *Active Citizenship* und Reflexive Internationalität bzw. Diversitätsorientierung. Ein weiterer Hinweis seien die Bestrebungen, Fortbildungskonzepte für Teamer/-innen zu entwickeln. Weiterhin lasse sich eine Re-Politisierung an Themenkonjunkturen in Fachzeitschriften und zum Themenfeld durchgeführten Tagungen ablesen. Nicht zuletzt sei die AG Politische Dimension, die den Workshop ausrichtet, ein Anzeichen dafür, dass die damit verbundenen Fragen wieder verstärkt Bestandteil der aktuellen Debatten geworden seien.

Gegenstand der anschließenden Diskussion waren insbesondere Fragen von Außenpolitik und internationaler Verständigung. In ihrer Orientierung an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sei die Internationale Jugendarbeit eine Möglichkeit, Alternativen zu Abschottung, Renationalisierung, Autoritarismus und Populismus aufzuzeigen. Dabei dürfe nicht davon ausgegangen werden, anderen Ländern die entwickelten Konzepte überzustülpen. Weiterhin wurde diskutiert, ob Internationale Jugendarbeit nicht per se politisch sei und die Rede von Re-Politisierung entsprechend nicht zutreffe. Hier konnte geklärt werden, dass davon ausgegangen werden kann, dass es eine politische Praxis gibt, diese jedoch auf der konzeptuellen Ebene und im wissenschaftlichen Diskurs der vergangenen Jahre nicht angemessen sichtbar geworden sei.

Der zweite Workshopbeitrag erfolgte durch Daniel Poli unter dem Titel „Kosmopolitische Identität als Zieldimension Internationaler Jugendarbeit“. Ausgehend von einer Analyse von Globalisierungsprozessen, aktuellen Krisen in der Welt sowie dem Rechtsruck in Europa fokussierte Poli die „Identitäre Bewegung“ und das von ihr vertretene Konzept des Ethnopluralismus. Als Gegenentwurf schlug Poli das Konzept des Kosmopolitismus vor. Dieses Konzept birgt die Möglichkeit, einen alternativen Umgang mit Globalisierung zu entwickeln. Hier verwies Poli auf kritischen Konsum, soziale Netzwerke, das Globale Lernen, Diversität, reflexive Mobilität und *Global Citizenship*. Eine kosmopolitische Identität sei geeignet, der Internationalen

Jugendarbeit eine Zieldimension zu geben und damit der bestehenden Pädagogik im Feld Orientierung zu geben.

Im Anschluss wurden widersprüchliche Erlebnisse auf Jugendbegegnungen diskutiert, wobei das Konzept eine Hilfestellung geben kann. Positive und negative Aspekte von Globalisierung könnten so zum Gegenstand der Bildungsarbeit werden. Gleichzeitig setze dies voraus, auch die Strukturen der Internationalen Jugendarbeit kritisch zu betrachten und andere Formate sowie Förderbedingungen zu entwickeln. Im Zentrum der Diskussion standen auch die Begriffe „Subjektorientierung“ und „Empathie“, über deren Verständnis sich ausgetauscht wurde.

Der dritte und abschließende Vortrag kam von Ulrich Ballhausen und hatte das Konzept zur Teamer/-innen-Qualifizierung zum Gegenstand. Ausgehend von der Kritik an Entpolitisierungsprozessen in der Internationalen Jugendarbeit, aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und „unpolitischen“ Selbstverständnissen von Pädagog(inn)en richtete Ballhausen den Blick auf die Möglichkeiten des politischen bzw. demokratischen Lernens im Rahmen der Internationalen Jugendarbeit. In Anlehnung zu Konzepten der Themenqualifizierung machte Ballhausen auf politische Bildung als Querschnittsaufgabe aufmerksam und markierte damit zugleich die Besonderheit des entwickelten Konzeptes. Anschließend stellte Ballhausen eine Handreichung für Träger vor und warb für die Durchführung von Pilotschulungen. Einen Vorteil der Handreichung sah Ballhausen darin, dass Träger hieraus einzelne Bausteine entnehmen können, um damit zu arbeiten.

In der Diskussion des Beitrages wurde ein grundsätzlicher Handlungsbedarf im Bereich der Teamer/-innen-Qualifizierung bestätigt. Die zentrale Frage sei, wie politische Bildung zu einem selbstverständlichen Teil der Internationalen Jugendarbeit werden könne, was hierzu gebraucht werde und was nötig sei, um auch alle Jugendlichen zu erreichen. Ähnlich wie in der vorherigen Diskussion wurde auch hier geäußert, dass politische Bildung bereits Bestandteil jeder Form von Internationaler Jugendarbeit sei. Ausgehend davon wurden bisherige Studien zum „Spillover-Effekt“ diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass soziales Lernen und politische Bildung nicht identisch sind, wohl aber Verbindungen bestehen, an denen sich ansetzen ließe.

Die Erforschung, Diskussion und konzeptuelle Weiterentwicklung von Fragen hinsichtlich der politischen Dimension der Internationalen Jugendarbeit ist ein äußerst komplexer und nicht eindeutig zu klärender Prozess der Selbstverständigung. Er spricht (impliziert) grundlegende Fragen zu Aufgaben, Funktionen sowie Möglichkeiten der Internationalen Jugendarbeit an. Umso wichtiger scheint es, weitere Praxisforschungen (vgl. dazu den Beitrag von Schäfer) sowie grundlagentheoretische Überlegungen anzustellen, konzeptuelle Weiterentwicklung auf Trägerebene zu betreiben sowie über Fragen der Implementierung nachzudenken. Auch Förderprogramme wären angesichts der Diskussion kritisch zu prüfen. Insgesamt müsste die Debatte um die politische Dimension, insbesondere aufgrund der deutlich gewordenen Verstrickungen so selbstkritisch wie möglich erfolgen, ohne dabei Handlungsunfähigkeit zu produzieren. Des Weiteren wurde eine höhere Sichtbarkeit von Werten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gefordert, die als gemeinsame Grundlage für Jugendbegegnungen gelten und stärker thematisiert werden sollten. Der Ansatz der kosmopolitischen Zieldimension Internationaler Jugendarbeit kann angesichts des erstarkten Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als gute Neuorientierung dienen, die eigene pädagogische Praxis zu überprüfen und je nach Zielgruppe auch neue Angebote und Formate zu entwickeln. Dabei geht es um die Querschnittsaufgabe, bei Teamenden und Teilnehmenden ein Bewusstsein für Kosmopolitismus im Rahmen der bestehenden Qualifizierung und Praxis herauszuarbeiten. Darüber hinaus sollen Jugendliche befähigt werden, politisch zu denken. Um alle jungen Menschen dabei mitzunehmen, müssen angemessene Ansätze bei den Trägern entwickelt und erprobt werden.

Insgesamt wurde zum Abschluss noch einmal die Relevanz von regelmäßigen Austauschrunden zum Thema politische Dimension betont. Diese könne als zentraler Ort der Weiterentwicklung im Feld sowie als Schnittstelle von Forschung und Praxis eine kontinuierliche Arbeit am Thema sicherstellen. Der Aufruf zur Beteiligung wurde vor Ort durch eine Reihe an Interessierten beantwortet, sodass die Veranstaltung dazu genutzt werden konnte, die Arbeitsgruppe zu erweitern (Kontakt rosellen@transfer-ev.de).

Aus der Wissenschaft | Stefan Schäfer

Internationale Jugendarbeit im Spiegel der Debatte um eine Re-Politisierung – Aktuelle Prozesse und Forschungsbedarfe

Einleitung

In jüngerer Zeit sind im wissenschaftlichen Diskurs um Internationale Jugendarbeit verstärkt Bestrebungen einer Re-Politisierung zu vernehmen (siehe bspw. die Beiträge in IJAB 2014 und Böttger et al. 2016). Hierbei ist die Internationale Jugendarbeit nicht alleine. Auch in der Sozialen Arbeit (vgl. Bütow et al. 2014; Benz et al. 2013), der Erziehungswissenschaft (vgl. Casale et al. 2016) und in der Jugendarbeit (vgl. Lindner 2012) werden Re-Politisierungsprozesse diskutiert und erforscht. Dabei geht es zum Einen um eine Kritik an der neoliberalen Zurichtung pädagogischer Handlungsfelder unter dem Primat des Ökonomischen und damit verbundener Forschungen zu Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns in den jeweiligen Handlungsfeldern (vgl. Seithe 2014) und zum Anderen um die theorie-systematische Frage, wie sich das Soziale und das Pädagogische mit dem Politischen verbindet (vgl. Lütke-Harmann 2013; Faulstich 2016). Die Betrachtung des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Demokratie nimmt dabei eine zentrale, wenn auch nicht immer widerspruchsfreie Rolle ein (vgl. Geisen et al. 2013). In der Internationalen Jugendarbeit wird davon ausgegangen, dass diesem Handlungsfeld grundsätzlich eine „politische Dimension“ zugeschrieben werden kann. Das Politische, so die Annahme, läuft in allen Aktivitäten quasi im Hintergrund mit, wird aber nicht immer explizit sichtbar gemacht (vgl. Thimmel 2014: 8). Man kann hier auch von einer „Politikimmanenz“ sprechen, was bedeutet, dass Internationale Jugendarbeit einerseits von politischen Strukturen abhängig ist, andererseits aber auch selbst „politisch relevante Gestaltungskraft“ entfaltet (vgl. Güntner/Langer 2014: 239). Zumeist wird das Verhältnis von Internationaler Jugendarbeit und Politik über die Ebene der Politikabhängigkeit bestimmt. Indem Politik auf den verschiedenen Ebenen der Kommune oder dem Kreis, dem Land, dem Bund und in der Internationalen Jugendarbeit insbesondere auch auf europäischer Ebene über Rahmenbedingungen (Programme, Ressourcen, formal-rechtlich geregelte Zuständigkeiten, bilaterale Vereinbarungen, internationale Abkommen usw.) entscheidet, werden der Praxis Internationaler Jugendarbeit mehr oder weniger weit gefasste Handlungsspielräume zur Verfügung gestellt, die es fachlich auszufüllen gilt. Für die Internationale Jugendarbeit ist in diesem Kontext auch die Frage relevant, wie von politischer Seite darauf Einfluss genommen wird, mit welchen Staaten vorrangig Maßnahmen der Internationalen Jugendarbeit finanziell unterstützt werden (vgl. Schäfer/Thimmel 2016: 48). Die Verstrickung von Internationaler Jugendarbeit und Politik ist in den letzten Jahrzehnten bei vielen Trägern, konzeptionellen Diskursen und administrativen Schwerpunktsetzungen nicht immer angemessen reflektiert worden. Viele Wirkungsstudien setzten genau hier an, ohne dabei die „Fremdsteuerung durch politisch vorgegebene Wege und Ziele“ (Chassé 2014: 95) zu hinterfragen. Auf der Ebene der aktiven Politikgestaltung dominiert im Diskurs neben jugendpolitischen Praktiken der Interessenvertretung, Gremienarbeit oder Politikberatung zumeist eine Fokussierung auf politische Bildung, die sich auf die Frage konzentriert, welchen Beitrag Internationale Jugendarbeit leisten kann, um Jugendlichen „das Lernen und Einüben politischer Urteilsfähigkeit, kritisches Nachdenken und die öffentliche Einmischung“ (Ballhausen/Feldmann-Wojtachnia 2014: 27) zu ermöglichen. In diesem Sinne können internationale Begegnungen auch als „Orte der Partizipation an politischer Öffentlichkeit“ angesehen werden (vgl. Schäfer 2017). Die in jüngerer

Zeit aufgrund der politischen Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt wieder verstärkt geführten Diskussionen um Populismus, Nationalismus und Rassismus und die Frage nach den Auswirkungen auf die Internationale Jugendarbeit verstärken die Bestrebungen einer Widersichtbarmachung der politischen Dimension Internationaler Jugendarbeit.

Die Re-Politisierungsdebatte, wie sie in der Internationalen Jugendarbeit derzeit an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis mit dem Ziel einer erneuten Sichtbarmachung der politischen Dimension geführt wird, soll im Folgenden in zwei Schritten rekonstruiert werden, um hierüber Forschungsbedarfe kenntlich zu machen. Zunächst werden die Anstöße zu einer konzeptionellen Weiterentwicklung und Theoriebildung identifiziert, wie sie vom Konzept der diversitätsorientierten Internationalen Jugendarbeit sowie dem Konzept der Reflexiven Internationalität ausgehen. In einem zweiten Schritt werden fünf Prozesse beschrieben, an denen sich eine Bearbeitung der politischen Dimension Internationaler Jugendarbeit ablesen lässt. Auf Basis dessen werden dann abschließend Forschungsbedarfe herausgearbeitet und gebündelt.

I Anstöße zur konzeptionellen Weiterentwicklung und Theoriebildung

Ausgehend von Anne Winkelmanns (2006) Auseinandersetzung mit der „theoretischen Fundierung“ Internationaler Jugendarbeit und einer damit einhergehenden Kritik an den etablierten Ansätzen des interkulturellen Lernens, setzte eine umfassende Debatte über kulturalistische Identitätskonstruktionen und die Grenzen des Kulturbegriffes ein. Unter Einbeziehung von intersektionalen, rassismuskritischen, poststrukturalistischen und postkolonialen Perspektiven entwickelte sich ein erweiterter, entessentialisierender Blick auf Differenz und Differenzproduktion und darin eingelagerte Machtverhältnisse (vgl. Drücker et al. 2015). Seither haben sich eine Vielzahl an Projekten einer „diversitätsbewussten“ Internationalen Jugendarbeit entwickelt, denen es vornehmlich darum bestellt ist, Fachkräfte dabei zu unterstützen, eine Reflexion der eigenen Haltung und Positioniertheit im Gefüge der Macht vorzunehmen und damit einen explizit gesellschaftspolitischen Anspruch formulieren, der auf Empowerment zielt (vgl. Feldhoff 2016).

Ähnlich wird, ebenfalls von einer Kritik an der (Über-)Betonung des Kulturellen in Konzepten des interkulturellen Lernens und einer damit einhergehenden „Ausblendung der politischen Dimension“ (vgl. Thimmel 2014: 8), von Andreas Thimmel unter dem Stichwort der „Reflexiven Internationalität“ der Versuch unternommen, die außenpolitische Dimension der Internationalen Jugendarbeit, die sich in anderen Feldern der Jugendarbeit so nicht findet, wieder stärker in den Blick zu nehmen. Das Konzept soll die methodischen Fortschritte, die mit dem interkulturellen Lernen ab den 1970er Jahren in die Pädagogik der Internationalen Jugendarbeit Einzug gehalten haben, zwar nicht zurücknehmen, wohl aber für eine Wiederbelebung und Widersichtbarmachung dessen stehen, was in den Anfangsjahren der Internationalen Jugendarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg außenpolitisch unter „Völkerverständigung“ verstanden wurde. Die mit dem Konzept der Völkerverständigung verbundenen Leitvorstellungen sind in der Folgezeit zu Recht als sprachlich und konzeptionell veraltet kritisiert worden, da sie von einem längst überwunden geglaubten Konzept von Volk und Nationalstaat ausgehen und eine Position des stellvertretenden Handelns einzelner Repräsentanten vertreten. Zudem ist das damit verbundene Motiv der „Wiedergutmachung“ einem weiteren Verständnis von Erinnerungspädagogik gewichen. Dennoch gilt es an diesem politischen Kern der Internationalen Jugendarbeit festzuhalten, nämlich der Begegnung und Verständigung von Menschen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit. Die Notwendigkeit, sich die damit verbundenen politischen Ziele von gegenseitiger Anerkennung, Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Chancengleichheit und Menschenrechten zu vergegenwärtigen, verweist auf eine nicht abgeschlossene Bandbreite

an Themen, die eine „politische Dimension“ der Internationalen Jugendarbeit verdeutlichen (vgl. Schäfer/Thimmel 2016: 48).

Mit Diversitätsorientierung und Reflexiver Internationalität sind zwei konzeptionelle und theoriesystematische Anstöße benannt, die in unterschiedlicher Akzentuierung eine jugend-, gesellschafts- und außenpolitische Dimension betonen und zu einer weiteren Auseinandersetzung auffordern. Die Reflexion der Involviertheit von Internationaler Jugendarbeit in Macht- und Herrschaftsverhältnisse, ihre Verstrickung mit Politik, Zeitgeist und Ideologie, verweist auf die Notwendigkeit, hierzu sowohl machtkritisch auf Distanz zu gehen, als auch strategisch-politisch darin zu agieren und sich im öffentlichen Raum zu positionieren. Ein Verständnis von Internationaler Jugendarbeit als emanzipatorisch-kritischer politischer Bildungsarbeit ist dabei zentral.

II Anzeichen einer Re-Politisierung des Feldes

Angesichts dieser konzeptionellen und theoriesystematischen Weiterentwicklungen kann davon ausgegangen werden, dass sich derzeit in der Debatte um die Internationale Jugendarbeit ein Prozess vollzieht, der darauf angelegt ist, „die Internationale Jugendarbeit und ihre Bildungsansätze zu ‚politisieren‘.“ (Ballhausen et.al. 2014: 68). Für die These einer solchen Re-Politisierung der Internationalen Jugendarbeit bzw. einer erneuten Beschäftigung mit der politischen Dimension auf der Ebene der Fachdiskurse sprechen im Wesentlichen sechs Punkte:

- 1) Um in der Frage nach der politischen Dimension Internationaler Jugendarbeit einen Schritt weiter zu kommen, wurde 2014 im Kontext von „Forschung-und-Praxis-im-Dialog“ eine Literatur-recherche zur „Sichtbarmachung des Politischen“ im Diskurs der Internationalen Jugendarbeit durchgeführt (vgl. Schäfer 2015). Hier konnten erste konkrete Diskursfelder benannt werden, die Hinweise auf eine weitere Erforschung der politischen Dimension geben. Diese waren: Politische Bildung, Zivilgesellschaft, Reflexive Internationalität und Diversitätsorientierung. Neben Reflexiver Internationalität und Diversitätsorientierung, auf die bereits eingegangen wurde, kann Re-Politisierung also einmal an einer verstärkten Inblicknahme der Internationalen Jugendarbeit in ihrem Verhältnis zum Arbeitsfeld der politischen Bildung bzw. der Praxis der politischen Bildung innerhalb der Internationalen Jugendarbeit und der entsprechenden Beschäftigung mit Fachdiskursen der politischen Bildung abgelesen werden (vgl. Thimmel 2010). Hier wurden bereits in Folge einige weiterführende konzeptionelle und theoretische Vergewisserungen angestellt (vgl. Schäfer/Thimmel 2016; Widmaier 2016; Ballhausen 2016). Nimmt man die konzeptionelle Nähe beider Handlungsfelder sowie die Überschneidungen in den wissenschaftlichen Diskursen in den Blick, stellt sich die Frage, was unter politischer Bildung in der Internationalen Jugendarbeit verstanden werden kann. Erste Hinweise finden sich in der Kritik von Benedikt Widmaier an der Engführung von politischer Bildung auf soziales Lernen (vgl. Widmaier 2015; siehe auch Lösch 2010), die der Kritik am interkulturellen Lernen nicht ganz unähnlich ist und die auch die in der politischen Theorie diskutierte, häufig an Hannah Arendts Überlegungen zum Politischen anknüpfende Frage nach der Unterscheidung wie auch wechselseitigen Verwieseneheit von Sozialem und Politischem verdeutlicht (vgl. Schäfer 2017; Oeftering 2013). Soziales Lernen und politische Bildung sind beidermaßen Bestandteile einer Pädagogik der Internationalen Jugendarbeit, aber keineswegs identische pädagogische Konzepte und Praktiken. Ein Begriff von politischer Bildung hätte sich von der Annahme, dass soziales Lernen per se politische Bildung ist, zu distanzieren und die Besonderheit der Perspektive gegen konformistische Modelle der sozialen Kompetenzvermittlung herauszuarbeiten. Der immer wieder behauptete „Spillover-Effekt“, wonach soziales Lernen automatisch zu

politischer Bildung und politischem Handeln führt, lässt sich zudem empirisch nicht belegen (vgl. Götz et al. 2015). Gegen eine Gleichsetzung von sozialem Lernen und politischer Bildung bzw. gegen eine Reduktion von politischer Bildung auf Konzepte des sozialen Lernens wären hier sowohl konzeptionelle wie auch theoriesystematische Konkretisierungen anzustellen, die deutlich machen, wie sich politische Bildungsarbeit im Kontext Internationaler Jugendarbeit als aktive öffentliche und kommunikative Verständigungspraxis begreifen lässt, die erfahrbar machen kann, „wie durch eigenes Handeln und eingreifendes Denken politische Angelegenheiten veränderbar sind oder wo sich Grenzen politischer Gestaltung eröffnen“ (Lösch 2010: 124).

- 2) Es lässt sich ein Verhältnis der Internationalen Jugendarbeit zum Zivilgesellschaftsdiskurs (active citizenship) erkennen. Hier wurde bereits 2010 von Davis Brixius eine Expertise angefertigt. Für eine Re-Politisierung ist die Beschäftigung mit Konzepten der Zivilgesellschaft nicht nur förder-pragmatisch, sondern auch konzeptionell und theoriesystematisch relevant, weil über den Begriff Zivilgesellschaft ein Konzept zur Beschreibung des Ortes des Politischen sichtbar wird. Wenn das Politische auch jenseits von Berufspolitik und staatlich-bürokratischer Verregelungen in einem breiten öffentlichen Raum stattfindet, dann lässt sich auch Internationale Jugendarbeit als zivilgesellschaftliche Akteurin in einer internationalen Öffentlichkeit beschreiben, in der und durch die politisch gehandelt werden kann (vgl. Schäfer 2017). Allerdings ist die Rede von Zivilgesellschaft als Garant der politischen Beteiligung nicht ganz unproblematisch, denn als Kern einer aktivierenden Sozialpolitik, wie sie in Deutschland und Europa in den letzten Jahren im Sinne des Neoliberalismus verfolgt wurde, kann auch ein Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung und eine Reaktualisierung konformistisch-antiemanzipatorischer Pädagogik einhergehen. So wird im wissenschaftlichen Diskurs um Zivilgesellschaft auch auf die Gefahr von Entpolitisierungs- und Entbürgerlichungsprozessen verwiesen, die deutlich machen, dass hiermit keineswegs ein neutraler Ort beschrieben ist, an dem alle Akteure „mit gleichen Chancen spielerisch um Machtanteile und Gestaltungsmöglichkeiten ringen können“, sondern dass auch und gerade hier „ökonomische wie politische Machtverhältnisse ihren Niederschlag finden.“ (Roth 2013: 306). Um die Potentiale von Konzepten zivilgesellschaftlichen Engagements zur Sichtbarmachung der politischen Dimension Internationaler Jugendarbeit zu nutzen, wären also Möglichkeiten der Förderung von politischer Partizipation in einem globalen öffentlichen Raum auszuloten. Dies ist aber nur dann zielführend, wenn zugleich eine Debatte darüber geführt wird, welches Verständnis von Zivilgesellschaft hier zugrundegelegt wird und diese Debatte gleichzeitig mit einer kritischen Gesellschaftsanalyse verbunden wird (vgl. Munsch 2013: 199). Insbesondere in den ruhigeren Zonen des Vereinslebens, so zeigt die Zivilgesellschaftsforschung, ist keine Garantie für politische Partizipation gegeben und häufig reproduzieren sich gerade hier die bestehenden Machtverhältnisse (vgl. Roth 2013: 306). Auch hier lässt sich von Widmaier lernen, der eine Engführung von politischer Partizipation auf soziales Engagement beklagt und die politische Dimension von Konzepten der Zivilgesellschaft gegen eine „Entpolitisierung der Partizipation“ hervorhebt (vgl. Widmaier 2010: 480).
- 3) Parallel zu der Wiederaufnahme von Forschungen im Bereich der politischen Dimension und ebenfalls im Kontext von „Forschung und Praxis im Dialog“ findet derzeit unter dem Titel „Politische und demokratische Kompetenzen in der internationalen Jugendarbeit fördern“ eine Arbeit an Konzepten zur Teamer/-innen-Qualifizierung statt (Ulrich Ballhausen). Die Fortbildung soll vor allem jene ansprechen, die Internationale Jugendarbeit bisher ohne expliziten Anspruch auf politische Bildung durchführen. Hier soll gemeinsam überlegt und diskutiert werden, wie die politische Dimension wieder Teil von

Bildungsarbeit in der Internationalen Jugendarbeit werden kann und was hierzu nötig ist. Die Arbeit am Qualifizierungskonzept verweist allerdings auf offene Fragen und Forschungsfelder und bringt eine Spannung von angestrebter Implementierung theoretisch-konzeptioneller Erwägungen in die Praxis und noch bestehendem Forschungsbedarf zum Ausdruck. Wenn politischer Bildungsarbeit in der Internationalen Jugendarbeit ein kritisches Bildungsverständnis zugrundegelegt werden soll, das davon ausgeht, dass emanzipatorische Ziele nicht für andere getroffen werden können, da sie sonst den Charakter der Selbstbildung verliert (vgl. Kaindl 2009), muss die gesamte Frage der Implementierung in die Praxis anders angegangen werden, als man dies von Konzepten gewohnt ist, die sich sehr klar umreißen, inhaltlich bestimmen und darum auch relativ problemlos in Fortbildungsprogramme übersetzen lassen. Gegen Implementierungsversuche „von oben“ ist das Konzept der Teamer/-innen-Qualifizierung ein auf Aushandlung setzendes Fortbildungsangebot, dass die Akteure dabei unterstützen möchte, sich auf der Ebene der politischen Bildungsarbeit in der Internationalen Jugendarbeit an Weiterentwicklungsprozessen zu beteiligen.

- 4) Anzeichen für bestimmte Themenkonjunkturen im Diskurs der Internationalen Jugendarbeit sind neben der Identifikation bestimmter Forschungsfelder und der Initiierung von Projekten natürlich immer auch die Fachzeitschriften und Publikationen. Hier ist auf die von IJAB 2014 veröffentlichte Ausgabe des „Innovationsforum jugend global“ mit dem Titel „Politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit“ zu verweisen. Diese Broschüre ist Ausdruck einer nun auch in der Breite diskutierten Frage nach dem Verhältnis von Internationaler Jugendarbeit und Politik. Die Publikation will „die politische Dimension sichtbar machen und neben dem wichtigen Beitrag grenzüberschreitender Mobilität zu Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen, Partizipation und aktives politisches Handeln wieder stärker in den Mittelpunkt des Diskurses um Bildungsziele, Wirkungen und Grundlagen Internationaler Jugendarbeit rücken.“ (IJAB 2014). In den einzelnen Beiträgen, die ein Spektrum der Beschäftigung zwischen theoretisch-konzeptionellen Zugängen sowie praxisorientierten Fragen von politischer Bildung und der Bearbeitung politischer Themen in internationalen Begegnungen aufzeigen, zeigt sich die Vielfalt der Zugänge zum Politischen, aber auch ein vielfältiger Begriffsgebrauch, womit deutlich wird, dass auch hier weitere Forschungen notwendig sind, die die verschiedenen Möglichkeiten der Begriffsbestimmung klärt und die Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeitet. Dabei ist auch zu beachten, dass sich die Diskussion um eine politische Dimension nicht in politischer Bildung erschöpft, sondern ebenso auf eine gesellschaftstheoretisch unterfütterte Auseinandersetzung mit jugend-, gesellschafts- und außenpolitischen Fragen verweist.
- 5) Auch an den Tagungen im Bereich der Internationalen Jugendarbeit lässt sich die These von der Re-Politisierung Internationaler Jugendarbeit im Sinne einer Wiedersichtbarmachung der politischen Dimension im fachlichen Diskurs bestätigen. Die Tagung von IJAB mit dem Titel „Aktuelle politische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Internationale Jugendarbeit“, auf die die vorliegende Dokumentation zurückgeht, zeigt an, dass die derzeitigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt zu einer erneuten Beschäftigung mit der politischen Dimension Internationaler Jugendarbeit herausfordern und zu Recht auf der Tagesordnung stehen. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Internationalen Jugendarbeit hier – gerade aufgrund ihrer außenpolitischen Dimension – eine besondere Verantwortung zukommt. In den einführenden Vorträgen von Lothar Harles und Marie-Luise Dreber wurde zurecht darauf verwiesen, dass Internationale Jugendarbeit in diesem Zusammenhang eine Vielzahl an Aktivitäten vorweisen kann, die internationale

Beziehungen nicht auf globale ökonomische Verflechtungen reduziert und gerade darum viele Potentiale deutlich werden lässt. Gleichzeitig wurde auf eine Reihe an aktuellen Problemkonstellationen verwiesen (Erstarken von Nationalismus und Rassismus in vielen Ländern, hohe Arbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas, Flucht und problematische Flüchtlingspolitik, internationale und zwischenstaatliche Spannungen, Einschränkung der Meinungsfreiheit usw.), die Auswirkungen auf die Internationale Jugendarbeit haben (Rückgang von Bewerberzahlen, Absagen von Begegnungen aufgrund von Terroranschlägen, Problematisierung der Bearbeitung bestimmter politischer Themen). Anschlussfähig an die Debatte um eine politische Dimension war auch der Vortrag von Martina Fischer, die aus der Perspektive der Friedens- und Konfliktforschung auf die Notwendigkeit einer unabhängigen und lebendigen Zivilgesellschaft für demokratische Gesellschaftsordnungen verwiesen hat. Internationaler Jugendarbeit komme hier ein „doppelter Bildungsauftrag“ zu, der sich einmal in einer Versachlichung emotionalisierter Debatten durch das Heranziehen von Fakten und der Initiierung entsprechend sachlich geführter Diskussionen konkretisiert und daneben auf ein „friedenspolitisches Denken“ verweise, das Internationale Jugendarbeit im Sinne von Empathievermittlung, Auseinandersetzung mit Gewalt und konstruktiver Konfliktlösung realisieren und fördern könne. Insgesamt verweist der Vortrag auf die Notwendigkeit, die komplexe und konflikthafte Dynamik von Staat und Zivilgesellschaft als Analysefolie heranzuziehen und die Auseinandersetzung um die politische Dimension dafür zu nutzen, Handlungsspielräume auszuloten, lokales und globales Handeln miteinander zu verbinden und insgesamt ein Konzept von Bürgerschaftlichkeit zu entwickeln, dass sich nicht allein über Zugehörigkeit und Rechtsstatus begründet, sondern auf politisches Handeln von Menschen verweist. In diesem Zusammenhang sei auch auf die vom Pädagogischen Austauschdienst, der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und der TH Köln organisierte Tagungsreihe „Internationale Jugendarbeit und politische Bildung“ hingewiesen, die nun schon zwei Mal in Bad Urach stattgefunden hat und auch im September 2017 wieder stattfinden wird. Die an der Schnittstelle von Internationaler Jugendarbeit, Schüleraustausch, außerschulischer politischer Bildung und Politikdidaktik angesiedelte Tagungsreihe verfolgt ebenso das Ziel, ausgehend von der Analyse aktueller gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen die politische Dimension internationaler Begegnungen wieder sichtbar und diskutierbar zu machen. Auch hier wird die geforderte Anbindung der Internationalen Jugendarbeit an die Diskurse um politische Bildung deutlich. Versucht wird hier, einen breiten und interdisziplinären Diskurs über den politischen Gehalt internationaler Jugendbegegnungen, über Möglichkeiten der Stärkung des politischen Profils von Jugendbegegnungen sowie über den Umgang mit verschiedenen politischen Ansprüchen an internationale Begegnungen zu führen (siehe hierzu die Beiträge in Böttger et al. 2016).

- 6) Nicht zuletzt ist die Arbeitsgruppe „Politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit“ Ausdruck der Bestrebungen einer Re-Politisierung von Praxis, Konzepten und Forschung im Feld der Internationalen Jugendarbeit. Hier werden im Rahmen von „Forschung und Praxis im Dialog“ die bisher entwickelten Prozesse gebündelt, weitergeführt und konkretisiert. Neben der genannten Literaturrecherche und dem Qualifizierungskonzept hat die Arbeitsgruppe im November 2015 einen Fachtag zum Thema Politische Dimension im Haus Venusberg in Bonn ausgerichtet. Die Diskussion wurde angeregt durch einen Vortrag von Bettina Lösch (Universität Köln) mit dem Titel „Politische Dimension aus demokratietheoretischer Perspektive“. Hier wurden Forschungsbedarfe im Bereich der Grundlagenforschung deutlich, für die bisher die Finanzierung fehlt. Im letzten Jahr hat sich die Arbeitsgruppe von einer starken Projekt- und Ergebnisorientierung hin zu einem offenen Diskussionsforum entwickelt, das den

Beteiligten ermöglicht, ihre Beschäftigung mit der Thematik im Rahmen von Austauschrunden in eine erweiterte Fachöffentlichkeit zu tragen und dort zu diskutieren. Hier war zuletzt und angestoßen durch Daniel Poli das Konzept des Kosmopolitismus Thema. Ausgehend von einer Analyse und Kritik der Argumentationsmuster der „neuen Rechten“ und dem Konzept des „Ethnopluralismus“ erinnerte Daniel Poli mit seinem Vortrag „Kosmopolitische Identität als Zieldimension Internationaler Jugendarbeit“ an das Konzept des Kosmopolitismus als mögliches Gegenkonzept und positiver Bezugspunkt im Rahmen der konzeptionellen Weiterentwicklung Internationaler Jugendarbeit. Damit ist eine bereits um das Jahr 2010 geführte Debatte um „Weltbürgertum und Kosmopolitisierung“ wieder aktuell (vgl. Widmaier/Steffens 2010). Es kann davon ausgegangen werden, dass mit dem Konzept des Kosmopolitismus eine mögliche Konkretisierung der politischen Dimension auf konzeptueller Ebene in Aussicht gestellt ist, die dem derzeit immer stärker Artikulierten und in der Öffentlichkeit implizit oder explizit immer breitere Anerkennung findenden Konzept des Ethnopluralismus, wie es durch rechte Intellektuelle entwickelt wird, etwas entgegen stellen und den Fachkräften im Feld als Orientierung dienen kann.

III Forschungsbedarfe

Man kann also sagen, dass die Internationale Jugendarbeit in Bezug auf die politische Dimension in Bewegung geraten ist. Nimmt man die bisherigen Ausführungen zusammen, lassen sich Forschungsbedarfe auf zwei Ebenen deutlich machen:

Grundlagenforschung: Aus der Perspektive von Forschung stellt sich eine Reihe an Fragen, die auf die Notwendigkeit von Grundlagenforschung verweisen: Was ist das Politische der Internationalen Jugendarbeit überhaupt? Wie lässt sich die politische Dimension von Pädagogik in Begriffe fassen? Was hat die Politikwissenschaft an Deutungsmöglichkeiten anzubieten? Und insbesondere: Wie lässt sich das Politische erforschen? Ein Blick in die aktuelle Literatur der Politikwissenschaft und der darin stattfindenden Diskussionen um „Das Politische in der politischen Theorie“ (so der Titel der kommenden Herbsttagung der DVPW) zeigt, dass hier anschlussfähige Politikbegriffe diskutiert werden, die in ihrer Übertragung auf die Internationale Jugendarbeit sowohl Blindstellen bisheriger Annäherungen offenbaren als auch zu alternativen Handlungspraxen und Denkweisen inspirieren können. Insbesondere die Debatte um die „politische Differenz“ von Politik und Politischem (vgl. Marchart 2010; Bedorf/Röttgers 2010; Bröckling/Feustel 2010), wie sie in der politischen Theorie derzeit international geführt wird, bietet vielfältige Anknüpfungspunkte. Die Reflexion des Pädagogischen vor dem Hintergrund der politischen Differenz stellt die Pädagogik vor große Herausforderungen, insofern diese mit ihrer eigenen Kontingenz konfrontiert ist, d.h. dass pädagogisches Handeln auf keine Letztbegründungen wie ein göttlicher Wille, rationale Vernunft, Naturgesetze, ökonomische Gesetze oder kulturelle Identitäten mehr zurückgreifen kann, um sich selbst zu begründen. Formalisierungsansprüche und vorwegnehmende Schließungen, wie sie sich in erziehungswissenschaftlichen Diskursen und pädagogischer Praxis insbesondere in Fragen von Lern- und Erziehungszielen, Planbarkeit sowie Kompetenz- und Wirkungsorientierung zeigen (vgl. Schäfer 2016), sind damit in Frage gestellt. Über die Thematisierung politischer Differenz und Kontingenz wird einerseits eine kritische Reflexion der Pädagogik in ihrer Herrschaftsförmigkeit möglich, die scheinbar auf gewisse Schließungen nicht verzichten kann, andererseits lassen sich in der Verhältnisbestimmung von Pädagogischem und Politischem alternative Handlungspraxen identifizieren, die „Kontingenz als Bildungsgelegenheit“ (Kirschner 2013) auffassen und in diesem Sinne auf das „Politische als Kern der politischen Bildung“ (Oeftering 2013; siehe auch Schäfer 2015: 73) verweisen. Insgesamt werden damit Forschungsbedarfe im Bereich der Grundlagenforschung deutlich, die die Frage nach den Verhältnisbestimmungen und wechselseitigen Verweisungszusammenhängen von

Pädagogischem und Politischem ins Zentrum rücken und dabei zeitgenössische Deutungsangebote aus der politischen Theorie heranziehen. Die oben angesprochenen Diskursfelder ließen sich so einer erweiterten erziehungswissenschaftlichen Reflexion zuführen, die letztlich notwendig ist, um die konzeptionellen Fragen zur politischen Dimension Internationaler Jugendarbeit angemessen zu bearbeiten.

Darüber hinaus ist eine Erforschung der politischen Dimension immer in soziologische und politiktheoretische Analysen von gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen einzubinden. Hier wäre zu prüfen, welche Deutungsangebote sich zur Beschreibung der derzeitigen weltgesellschaftlichen Entwicklungsprozesse eignen und wie diese in Prozesse der Theoriebildung aufgenommen werden können. In diesem Zusammenhang, wäre auch kritisch nach gesellschaftlichen Entpolitisierungsprozessen zu fragen. Die Frage nach Entpolitisierungsprozessen ist wichtig für Forschungen zur Re-Politisierung, da sie in der Annahme einer Re-Politisierung implizit enthalten sind und zudem anzeigen, worauf oder wo gegen sich eine Re-Politisierung überhaupt richtet. Angesichts der darin zum Ausdruck kommenden Ideologien, Machtprozesse und Herrschaftsmechanismen hätte Forschung dabei so kritisch wie möglich (an die Wurzel gehend) zu sein (vgl. Hirschfeld 2015: 17). Dies bedeutet auch, das Fördersystem Internationale Jugendarbeit selbstkritisch in den Blick zu nehmen und die Problematiken nicht lediglich im „Außen“ zu suchen. Die Verschränkung von Forschung mit Praxis und Politik sowie die Abhängigkeit von Forschung von Förderprogrammen sind hierbei nicht unproblematisch. Abgesehen von der fehlenden Finanzierung im Bereich der Grundlagenforschung besteht die Gefahr, dass die Autonomie der Forschung durch Förderprogrammatiken (Begriffsetzungen, ideologische Richtungsvorgaben usw.) engeführt wird.

Praxisforschung: Neben der grundagentheoretischen Bearbeitung des Verhältnisses von Pädagogischem und Politischem sind weitere Praxisforschungen zur Sichtbarmachung der politischen Dimension Internationaler Jugendarbeit vonnöten. Es wären Praxisforschungen anzustellen, die die politischen Aushandlungsprozesse und die immer wieder neue Hervorbringung der politischen Dimension durch die handelnden Akteure im Alltag der pädagogischen Praxis auf den verschiedenen Ebenen sichtbar machen kann. Dies kann nur gelingen, wenn Forschung selbst zum Teil von Praxis wird und diese Praxis zunächst einmal unabhängig von theoretischen Erwägungen und Vorannahmen ernst nimmt. Eine solchermaßen der Praxis zugewandte sozialpädagogische Jugendarbeitsforschung gerät jedoch in eine Problemkonstellation, die darin besteht, dass die oben benannten Verstrickungen von Internationaler Jugendarbeit und Politik dann nicht mehr nur Forschungsgegenstand sind, sondern den Forschungsprozess selbst mit beeinflussen. Auf einer ersten Ebene wird dies deutlich, wenn das durch die Praxisakteure vollkommen legitime Interesse an Implementierungsfragen mit der notwendigen Ergebnisoffenheit von Forschung, d.h. dem Interesse von Forschung an Erkenntnisgewinn in Konflikt gerät. Praxisforschung hat hier einerseits die Aufgabe, der Praxis die für diese Implementierungsfragen wichtigen Wissensbestände zur Verfügung zu stellen und entsprechende Reflexionsräume zu schaffen, die diesen Prozess unterstützen. Andererseits kann sich Praxisforschung der damit in aller Regel einhergehenden Orientierung an bestimmten, vorher festgelegten Meilensteinen und Produkten nicht vorbehaltlos unterwerfen, sondern muss für sich Freiräume reklamieren, die notwendig sind, um eine „theoretisch angeleitete und methodisch kontrollierte Erzeugung von Wissen“ (Hamburger 2005, S. 36) betreiben zu können. Dieses Oszillieren von Wirken und Verstehen muss immer Teil der gemeinsamen Reflexion aller am Forschungsprozess beteiligten Akteure sein und als solches selbst zum Forschungsgegenstand gemacht werden. Etwas schwieriger wird es, wenn man hier neben Wissenschaft und Praxispartnern noch die Ebene der Förderung mit einbezieht, die einen erheblichen Einfluss auf inhaltliche Ausrichtung und methodologische und methodische Verortungen von Praxisforschung hat. Praxisforschung kann sich dem Einfluss politischer

Steuerung ebenso wenig entziehen, wie die Praxis selbst. Im Rahmen dessen spielen die politischen Interessen der Fördergeber in wissenschaftliche Fragen von Praxisforschung hinein. Deutlich wird dies an der in den letzten Jahren überaus stark gewordenen wirkungsorientierten Ausrichtung von Praxisforschungsprojekten, die, ungeachtet der immer wieder aus der Wissenschaft heraus geäußerten Kritik an Wirkungsforschung, letztlich nicht an erziehungswissenschaftlichem Erkenntnisgewinn, sondern in erster Linie an legitimationspolitischen Interessen orientiert scheinen oder schlicht darauf zielen, einen Nachweis über den wirksamen Einsatz der zur Verfügung gestellten Gelder zu erbringen bzw. diesen zu kontrollieren. Hier wäre ein gemeinamer Prozess von Forschung, Praxis und Fördergebern zu initiieren, der die verschiedenen Interessen artikulierbar macht und entsprechende Förderbedingungen entwickelt.

Vor dem Hintergrund des Gegenstandes „politische Dimension“ wäre ein erneutes Nachdenken über Förderbedingungen auch deshalb wichtig, weil sich das Politische scheinbar gegen eine kompetenz- und wirkungsorientierte Forschung sperrt, da es im Politischen nie nur um das Treffen allgemeinverbindlicher Entscheidungen geht, sondern immer um die Auseinandersetzung von Bürgerinnen und Bürgern um die allgemeinen politischen Angelegenheiten, d.h. dass das Politische immer auch auf einen Moment von Offenheit und Kontingenz, Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung verweist. Hier ist vor einer Engführung von Forschung und Praxis auf Outcome-Orientierung zu warnen, wenn die für den non-formalen Bildungsbereich im Allgemeinen und die politische Dimension im Besonderen konstitutiven Prinzipien von Offenheit, Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung nicht von vornherein ausgeschlossen werden sollen. Wenn man davon ausgeht, dass sich politische Bildung nicht in Kompetenzerwerb oder der Bearbeitung politischer Themen erschöpft, sondern „Spielräume von Unverfügbarkeit“ zugelassen werden und bestehen bleiben müssen (vgl. Faulstich 2016), dann sind hier alternative Praxisforschungen vonnöten, die nicht über Wirkungs- und Implementierungsfragen „von oben“ agieren und im Modus der Anwendbarkeit erfolgen, sondern zunächst einmal zu ergründen versuchen, wie das Politische in der Praxis durch die beteiligten Akteure performativ und prozessual hervorgebracht wird. Damit ist nicht nur auf den notwendig zu beachtenden Zusammenhang von Grundlagen- und Praxisforschung verwiesen, sondern auch eine Aufforderung zur Entwicklung und Finanzierung von partizipatorischen Formen von Praxisforschung ausgesprochen, die die politische Dimension „von unten“ zu ergründen versuchen.

Fazit

In den Augen derjenigen, für die die Praxis Internationaler Jugendarbeit ihrem Selbstverständnis nach immer politisch ist, ja, für die diese Praxis selbst eine Form des politischen Handelns darstellt, mag die Rede von Re-Politisierung zunächst verwundern. Die Diskussionen auf der Tagung haben gezeigt, dass der darin enthaltene Aufforderungscharakter insbesondere bei denjenigen ins Leere zu laufen scheint, für die Internationale Jugendarbeit selbstverständlich und immer schon politisch ist. Dabei ist in diesem Aufsatz hoffentlich deutlich geworden, dass die politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit selbst nicht in Abrede gestellt wird. Gleichwohl gibt die Betrachtung des Feldes auf der konzeptionellen Ebene wie auch auf der Ebene wissenschaftlicher Diskurse Anlass zu der Frage, ob diese politische Dimension in den vergangenen Jahren auch angemessen zum Ausdruck gebracht und reflektiert wurde. Wie auch immer man sich zu dieser Frage stellen mag, die hier dargestellten Prozesse verweisen nicht zuletzt aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen auf überaus relevante Fragestellungen und lassen Forschungsfelder deutlich werden, die bisher nicht oder nur unzureichend bearbeitet wurden. Sowohl auf der Ebene der Grundlagenforschung als auch auf der Ebene der Praxisforschung wäre die Frage nach der politischen Dimension Internationaler

Jugendarbeit weiter zu bearbeiten, indem die bisher deutlich gewordenen Themenstränge aufgegriffen und einer systematischen Bearbeitung zugeführt werden.

Literatur

- Ballhausen, Ulrich (2016): Politische Bildungsprozesse in internationalen Jugendbegegnungen ermöglichen. Ein Plädoyer. In: Böttger, Gottfried/ Ferch, Siegfried/ Thimmel, Andreas (Hrsg.) (2016): Politische Dimensionen internationaler Begegnungen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau. S. 130-138
- Ballhausen, Ulrich/ Feldmann-Wojtachnia, Eva/ Kleideiter, Sandra (2014): Anforderungen an die Internationale Jugendarbeit als politischer Erfahrungsraum. Schlussfolgerungen - Empfehlungen - Handlungsbedarfe. In: IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Hrsg.) (2014): Innovationsforum Jugend global. Politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit. Bonn. S. 67-69
- Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (2010): Das Politische und die Politik. Berlin: Suhrkamp
- Benz, Benjamin/ Rieger, Günter/ Schönig, Werner/ Többe-Schukalla, Monika (Hrsg.) (2013): Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse. Weinheim und Basel: Beltz Juventa
- Böttger, Gottfried/ Ferch, Siegfried/ Thimmel, Andreas (Hrsg.) (2016): Politische Dimensionen internationaler Begegnungen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau
- Bröckling, Ulrich/ Feustel, Robert (Hrsg.) (2010): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld: Transcript
- Bütow, Birgit/ Chassé, Karl August/ Lindner, Werner (Hrsg.) (2014): Das Politische im Sozialen - Historische Linien und aktuelle Herausforderungen. Opladen, Berlin und Toronto: Budrich
- Brixius, Davis (2010): Active Citizenship. Expertise im Rahmen des Verbundprojekts im Forscher Praktiker Dialog für Internationale Jugendarbeit. Heppenheim
- Casale, Rita/ Koller, Hans-Christoph/ Ricken, Norbert (Hrsg.) (2016): Das Pädagogische und das Politische. Zu einem Topos der Erziehungs- und Bildungsphilosophie. Paderborn: Schöningh
- Chassé, Karl August (2014): Re-Politisierung der Sozialen Arbeit? In: Bütow, Birgit/ Chassé, Karl August/ Lindner, Werner (Hrsg.) (2014): Das Politische im Sozialen - Historische Linien und aktuelle Herausforderungen. Opladen, Berlin und Toronto: Budrich. S. 83-108
- Drücker, Ansgar/ Reindlmeier, Karin/ Sinoplu, Ahmet/ Totter, Eike (Hrsg.) (2015): Diversitätsbewusste (internationale) Jugendarbeit. Eine Handreichung. Düsseldorf
- Faulstich, Peter (2016): Das Politische in der Bildung. In: Hufer, Klaus-Peter/ Lange, Dirk (Hrsg.) (2016): Handbuch Politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau
- Feldhoff, Judith (2016): Zwischen Politik und Pädagogik – Eine gesellschaftspolitische Einordnung und pädagogische Begründung der Fortbildungsreihe. In: transfer e.V. (Hrsg.) (2016): Diversitätsbewusste Perspektiven im Kontext von Flucht und Asyl. Abschlussdokumentation der Fortbildungsreihe „Diversität – Flucht und Asyl“. Köln. S. 4-6

- Geisen, Thomas/ Kessler, Fabian/ Olk, Thomas/ Schnurr, Stefan (Hrsg.) (2013): Soziale Arbeit und Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag
- Götz, Michael (2015): Soziale Praxis & Politische Bildung. Compassion & Service Learning politisch denken – das Projekt. In: Götz, Michael/ Widmaier, Benedikt/ Wohnig, Alexander (Hrsg.) (2015): Soziales Engagement politisch denken. Chancen für Politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau. S. 27-44
- Güntner, Simon/ Langer, Andreas (2014): Sozialarbeitspolitik zwischen Professionspolitik und Gesellschaftsgestaltung. In: Benz, Benjamin/ Rieger, Günter/ Schönig, Werner/ Többschukalla, Monika (Hrsg.) (2014): Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden. Weinheim und Basel: Beltz Juventa. S. 238-254
- Hamburger, Franz (2005): Forschung und Praxis. In: Schweppe, Cornelia/Thole, Werner (Hrsg.) (2005): Sozialpädagogik als forschende Disziplin. Theorie, Methode, Empirie. Weinheim und München: Juventa. S. 35-48.
- Hirschfeld, Uwe (2015): Kritische Politologie als praktische Wissenschaft oder Übergänge politischer Theorie und Sozialer Arbeit. In: Hirschfeld, Uwe (Hrsg.) (2015): Beiträge zur politischen Theorie Sozialer Arbeit. Hamburg: Argument. S. 13-29
- IJAB (Hrsg.) (2014): Innovationsforum Jugend global. Politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit. Bonn
- Kaindl, Christina (2009): Über die Unmöglichkeit, emanzipatorische Ziele für Andere zu setzen. Anregung eines kritisch-psychologischen Lernbegriffs für linke Bildungsprozesse. In: Mende, Janne/ Müller, Stefan (Hrsg.) (2009): Emanzipation in der politischen Bildung. Theorien - Konzepte - Möglichkeiten. Schwalbach/Ts.: Wochenschau. S. 135-154
- Kirschner, Christian (2013): Kontingenz als Bildungsgelegenheit. Kritische politische Bildungspraxis im Lichte ungewisser Grundlagen. In: Widmaier, Benedikt/ Overwien, Bernd (Hrsg.) (2013): Was heißt heute Kritische Politische Bildung?. Schwalbach/Ts.: Wochenschau. S. 154-161
- Lindner, Werner (Hrsg.) (2012): Political (Re)Turn? Impulse zu einem neuen Verhältnis von Jugendarbeit und Jugendpolitik. Wiesbaden: Springer VS
- Lösch, Bettina (2010): Ein kritisches Demokratieverständnis für die politische Bildung. In: Lösch, Bettina/ Thimmel, Andreas (Hrsg.) (2010): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts.: Wochenschau. S. 115-128
- Lütke-Harmann, Martina (2013): Patchwork - Oder über die Frage, wie die Soziale Arbeit das Politische mit dem Sozialen verbindet. In: Geisen, Thomas/ Kessler, Fabian/ Olk, Thomas/ Schnurr, Stefan (Hrsg.) (2013): Soziale Arbeit und Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag. S. 47-76
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Berlin: Suhrkamp
- Munsch, Chantal (2013): Bürgerschaftliches Engagement zwischen Integration und Ausgrenzung - Eine kritische Analyse aus der Perspektive von Diversity-Theorien. In: Geisen, Thomas/

Kessler, Fabian/ Olk, Thomas/ Schnurr, Stefan (Hrsg.) (2013): Soziale Arbeit und Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag. S. 189-204

Oeftering, Tonio (2013): Das Politische als Kern der politischen Bildung. Hannah Arendts Beitrag zur Didaktik des politischen Unterrichts. Schwalbach/Ts.: Wochenschau

Roth, Roland (2013): Ungenutzte Möglichkeiten - Beiträge Sozialer Arbeit zur demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft. In: Geisen, Thomas/ Kessler, Fabian/ Olk, Thomas/ Schnurr, Stefan (Hrsg.) (2013): Soziale Arbeit und Demokratie. Wiesbaden: Springer VS. 297-316

Schäfer, Stefan (2017): Internationale Begegnungen als Orte der Partizipation an politischer Öffentlichkeit. In: Journal für politische Bildung. Heft 1/2017. S. 64-68

Schäfer, Stefan/Thimmel, Andreas (2016): Internationale Jugendarbeit und politische Bildung. Überlegungen zur politischen Bildung im Kontext Reflexiver Internationalität. In: Zeitschrift Außerschulische Bildung. Heft 2/2016. S. 48-53

Schäfer, Stefan (2016): Wirksamkeit und Plausibilität. Argumente zur Plausibilisierung der Relevanz Offener Kinder- und Jugendarbeit im kommunalpolitischen Legitimationsdiskurs. In: Deutsche Jugend. Heft 10/2016. S. 433-442

Schäfer, Stefan (2015): Die politische Dimension in der Internationalen Jugendarbeit. (De-) Thematisierungen des Politischen im Diskurs der Internationalen Jugendarbeit. In: Schriftenreihe Internationale Jugendmobilität. Heft 1/2015. S. 71-82

Seithe, Mechthild (2014): Zur Begründung einer Re-Politisierung Sozialer Arbeit. In: Bütow, Birgit/ Chassé, Karl August/ Lindner, Werner (Hrsg.) (2014): Das Politische im Sozialen - Historische Linien und aktuelle Herausforderungen. Opladen, Berlin und Toronto: Budrich. S. 109-132

Thimmel, Andreas (2016): Politische Dimension in der Internationalen Jugendarbeit. In: Böttger, Gottfried/ Frech, Siegfried/ Thimmel, Andreas (Hrsg.) (2016): Politische Dimensionen internationaler Begegnungen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau. S. 61-73

Thimmel, Andreas (2014): Politische Dimension im Kontext Internationaler Jugendarbeit. In: IJAB (Hrsg.) (2014): Innovationsforum Jugend global. Politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit. Bonn. S. 6-13

Thimmel, Andreas (2010): Internationale Jugendarbeit und kritische politische Bildung. In: Lösch, Bettina/ Thimmel, Andreas (Hrsg.) (2010): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts. S. 497-508

Widmaier, Benedikt (2016): Internationale Jugendarbeit und non-formale politische Bildung. In: Böttger, Gottfried/ Frech, Siegfried/ Thimmel, Andreas (Hrsg.) (2016): Politische Dimensionen internationaler Begegnungen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau. S. 48-60

Widmaier, Benedikt (2015): Soziales Lernen, Politische Bildung und politische Partizipation. In: Götz, Michael/ Widmaier, Benedikt/ Wohnig, Alexander (Hrsg.) (2015): Soziales Engagement politisch denken. Chancen für Politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau. S. 15-26

Widmaier, Benedikt (2010): Non-formale politische Bildung in Deutschland. In: Lösch, Bettina/ Thimmel, Andreas (Hrsg.) (2010): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts.: Wochenschau. S. 471-482

Widmaier, Benedikt/ Steffens, Gerd (Hrsg.) (2010): Weltbürgertum und Kosmopolitisierung. Interdisziplinäre Perspektiven für die Politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau

Winkelmann, Anne (2006): Internationale Jugendarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Auf dem Weg zu einer theoretischen Fundierung. Schwalbach/Ts.

Impressionen der Fachtagung



Durch die Fachtagung führen für IJAB Claudia Mierzowski und Christiane Reinholz-Asolli.



Lothar Harles, Vorsitzender von IJAB, begrüßt die Teilnehmenden.



Marie-Luise Dreber, IJAB Direktorin, moderiert den Workshop zu Fördergebern.



Dr. Markus Ingenlath (DFJW) und Stephan Erb (DPJW) leiten den Workshop „Bewertung der Situation im Partnerland“ gemeinsam mit Thomas Hoffmann (Stiftung DRJA).



Jochen Butt-Posnik (JfE) und Manfred von Hebel (JfE) im Workshop „Neue Strategien der Internationalen Jugendarbeit für ein starkes Europa“.



Im Workshop „Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern“.

Impressum

Die Dokumentation des Fachtags „Aktuelle politische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Internationale Jugendarbeit“ wurde zusammengestellt von:

IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Godesberger Allee 142-148

53175 Bonn

Telefon: 0228 9506-0

Fax: 0228 9506-199

E-Mail: info@ijab.de

Internet: <http://www.ijab.de>

Stand: 10. Mai 2017

Verantwortlich: Marie-Luise Dreber

Redaktion: Claudia Mierzowski, Christiane Reinholz-Asolli

Vorlagengestaltung: <http://www.blickpunkt.de>, Köln

Bildnachweis: Christoph Rieken, Berlin für IJAB (S. 53 alle Fotos)

Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer Creative Commons Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Lizenz.

Hinweis: Die hier veröffentlichten Beiträge geben die Meinungen der Autorinnen und Autoren sowie die Workshop-Ergebnisse des Fachtags wieder, die nicht der Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers entsprechen müssen.

Gefördert vom

